

Geschäftsbericht 2016

**Bericht über das Geschäftsjahr 2016
der
Kreissparkasse Nordhausen**

Für das Vertrauen und die Verbundenheit unserer Kundinnen und Kunden bedanken wir uns herzlich. Unser Dank gilt weiterhin unseren Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern für ihr persönliches Engagement sowie den Mitgliedern des Verwaltungsrates, des Personalrates und unserer Gleichstellungsbeauftragten für die konstruktive und vertrauensvolle Zusammenarbeit.

Nordhausen, im März 2017

Kreissparkasse Nordhausen
Der Vorstand

Asche

Seeber

INHALT

Die Sparkasse und ihre Filialen	4
Lagebericht	5
Bericht des Verwaltungsrates	37
Jahresabschluss	39
Anhang	43
Verwaltungsrat und Vorstand	64
Anlage zum Jahresabschluss gemäß § 26a Abs. 1 Satz 2 KWG	65
Bestätigungsvermerk des Abschlussprüfers	66

Kontaktdaten

Telefon: 03631 / 428 0
Telefax: 03631 / 428 428
Internet: www.kskndh.de
Mail: info@kskndh.de

Sparkassenfilialen

Nordhausen, Stadt

Grimmelallee	Grimmelallee 10, 99734 Nordhausen
Hauptstelle	Kornmarkt 9, 99734 Nordhausen
Nord	Dr.-Robert-Koch-Straße 1, 99734 Nordhausen
Salza	Bochumer Straße 161, 99734 Nordhausen
S-ImmobilienCenter	Kornmarkt 9, 99734 Nordhausen
SV SparkassenVersicherung	Kornmarkt 9, 99734 Nordhausen

Filialen im Landkreis

Bleicherode	Kirchstraße 3, 99752 Bleicherode
Ellrich	Am Markt 7, 99755 Ellrich
Heringen	Schulstraße 7, 99765 Heringen
Ilfeld	Ilgerstraße 16, 99768 Ilfeld
Neustadt	Burgstraße 4, 99762 Neustadt
Niedersachswerfen	R.-Breitscheid-Straße 1, 99762 Niedersachswerfen
Sollstedt	Am Markt 4, 99759 Sollstedt
Wipperdorf	Straße der Einheit 132, 99752 Wipperdorf

Selbstbedienungsstellen

Atrium-Passage	Bahnhofstraße 18, 99734 Nordhausen
Bochumer Straße	Bochumer Str. 22, 99734 Nordhausen
Herkules-Markt	An der B4, 99762 Niedersachswerfen
Marktpassage	Pferdemarkt 1, 99734 Nordhausen
Kleinfurra	Sandstraße, 99735 Kleinfurra
Nordhausen-Ost	Conrad-Fromann-Straße 50, 99734 Nordhausen
S-Shop im Marktkauf	Darrweg 67, 99734 Nordhausen
Südharz-Krankenhaus	Dr.-Robert-Koch-Straße 39, 99734 Nordhausen

Stand: 12/2016



Lagebericht

zum 31. Dezember 2016
der Kreissparkasse Nordhausen

Inhaltsverzeichnis

A	Darstellung und Analyse des Geschäftsverlaufs einschließlich des Geschäftsergebnisses und der Lage
1	Rahmenbedingungen
1.1	Wirtschaftliche Rahmenbedingungen
1.2	Entwicklung von Geld- und Kapitalmärkten
1.3	Berichterstattung über die Branchensituation
1.4	Rechtliche Rahmenbedingungen
2	Geschäftsentwicklung der Kreissparkasse Nordhausen
2.1	Geschäftsentwicklung insgesamt
2.2	Kreditgeschäft
2.3	Eigenanlagen
2.4	Beteiligungen und Anteile an verbundenen Unternehmen
2.5	Sachanlagen / Investitionen
2.6	Einlagengeschäft
2.7	Eigenkapital
2.8	Depotvolumen
2.9	Dienstleistungsgeschäft
3	Nicht finanzielle Leistungsindikatoren
3.1	Personal- und Sozialbereich
3.2	Gesellschaftliches Engagement
4	Ertragslage
5	Finanzlage
6	Vermögenslage
B	Nachtragsbericht
C	Risikobericht
1	Prinzipien im Umgang mit Risiken
2	Risikomanagement und -controlling auf Gesamtbankebene
3	Risikotragfähigkeit und Integration in die Gesamtrisikosteuerung
4	Interne Revision
5	Risikoarten
5.1	Marktpreisrisiken
5.2	Adressenrisiken
5.2.1	Adressenrisiko im Kundengeschäft
5.2.2	Adressenrisiko im Eigengeschäft
5.2.3	Adressenrisiko Beteiligungen / sonstige Vermögensgegenstände
5.3	Liquiditätsrisiken
5.4	Operationelle Risiken
6	Gesamtrisikosituation
D	Prognosebericht
1	Gesamtwirtschaftliche und regionale Entwicklung
2	Entwicklung von Geld- und Kapitalmärkten
3	Entwicklung der Kreissparkasse Nordhausen

Abkürzungsverzeichnis

Abs.	Absatz
abzgl.	abzüglich
ae-Stresstest	Stresstest für außergewöhnliche, aber plausibel mögliche Ereignisse
AG & Co. KG	Aktiengesellschaft & Compagnie Kommanditgesellschaft
Art.	Artikel
BaFin	Bundesanstalt für Finanzdienstleistungsaufsicht
BIP	Bruttoinlandsprodukt
Brexit	Austritt des Vereinigten Königreichs aus der Europäischen Union
ca.	circa
CRR	Capital Requirements Regulation
DAX	Deutscher Aktienindex
DBS	durchschnittliche Bilanzsumme
deIVO	Delegierte Verordnung
EDV	elektronische Datenverarbeitung
EU	Europäische Union
EUR	Euro
EZB	Europäische Zentralbank
ff.	die folgenden
geg.	gegenüber
gem.	gemäß
ggf.	gegebenenfalls
GuV	Gewinn- und Verlustrechnung
HGB	Handelsgesetzbuch
i.e.S.	im engeren Sinne
i.S.	im Sinne
i.S.v.	im Sinne von
inkl.	inklusive
IT	Informationstechnologie
KSA	Kreditrisikostandardansatz
KWG	Kreditwesengesetz
LCR	Liquidity Coverage Ratio
LiqV	Liquiditätsverordnung
MaRisk	Mindestanforderungen an das Risikomanagement
Mio.	Million
Mrd.	Milliarde
Nr.	Nummer
rd.	rund
SGVHT	Sparkassen- und Giroverband Hessen-Thüringen
SREP	Supervisory Review and Evaluation Process
TEUR	Tausend Euro
Tsd.	Tausend
TVöD	Tarifvertrag für den Öffentlichen Dienst
u.a.	unter anderen
UK	United Kingdom of Great Britain and Northern Ireland / Vereinigtes Königreich von Großbritannien und Nordirland
USA	United States of America/Vereinigte Staaten von Amerika
USI	Unternehmenssicherungskonzept
z.B.	zum Beispiel
zzgl.	zuzüglich

Lagebericht

A Darstellung und Analyse des Geschäftsverlaufs einschließlich des Geschäftsergebnisses und der Lage

1 Rahmenbedingungen

1.1 Wirtschaftliche Rahmenbedingungen

Das Jahr 2016 war von politischen und geostrategischen Ereignissen geprägt. Weltweit dauerten militärische Konflikte, Bürgerkriege und Terror an. Im Gegensatz zum Jahr 2015 spielten Zweifel an der Stabilität des Euro-Raums im Jahr 2016 an den Finanzmärkten kaum eine Rolle mehr. Zu Jahresbeginn dominierte vielmehr die Skepsis über die wirtschaftliche Entwicklung Chinas das Marktgeschehen. Im Juni überraschte das Votum über das Ausscheiden des Vereinigten Königreichs aus der Europäischen Union, was sich vor allem auf den Preisverfall des Pfundkurses auswirkte. Im Herbst wurde für viele Marktteilnehmer überraschend Donald Trump zum US-Präsidenten gewählt. Dieser Ausgang der US-Wahlen führte weltweit zu einem raschen Zinsauftrieb. Schließlich fand in Italien die nicht im Sinne der dortigen Regierung ausgegangene Volksabstimmung statt. Die Türkei geriet, sicherlich auch in Reaktion auf die angespannte politische Situation, in zunehmende Schwierigkeiten, ihr Leistungsbilanzdefizit zu finanzieren. Die Folgen waren eine deutliche Abwertung der türkischen Lira und eine anziehende Inflation.

Diese weltweiten Ereignisse haben die Unsicherheit über die weitere politische und wirtschaftliche Entwicklung stark erhöht. Kurzfristig haben sie sich aber noch nicht wachstumsmindernd ausgewirkt. Gemessen am Bruttoinlandsprodukt (BIP) erreichte die Weltwirtschaft ein Wachstum von ca. 3 %. Das entspricht fast genau dem Tempo des Vorjahres. Eine Reihe von Indikatoren weist auf eine Aufhellung des weltweiten Konjunkturbilds hin. Es gab deutliche Anzeichen für eine Belebung der Industrie und des internationalen Warenhandels, was die Stimmung bei Unternehmen spürbar verbesserte. Zudem zogen die Preise auf wichtigen Rohstoffmärkten an, was die Deflationssorgen einiger Marktteilnehmer zerstreute.

Die Wirtschaft des Euro-Raums hat sich gegenüber diesen Ereignissen bislang ebenfalls robust gezeigt und behielt ihren moderaten Erholungskurs bei. Am Ende stand für das Jahr 2016 ein Zuwachs des BIP von 1,8 %. Die Arbeitslosenquote lag zum Jahresende auf dem niedrigsten Niveau seit August 2009. Die Teuerungsrate legte mit einem Anstieg um 0,2 % zum Vorjahr nur moderat zu, wobei die südeuropäischen Staaten rückläufige Verbraucherpreise aufwiesen.

Die deutsche Wirtschaft zeigte sich im Jahr 2016 weiterhin in einer soliden Verfassung und fußte auf einer lebhaften Binnennachfrage und einer stabilen konjunkturellen Lage. Das preisbereinigte BIP war nach ersten Berechnungen des Statistischen Bundesamtes im Jahresdurchschnitt 2016 um 1,9 % höher als im Vorjahr und liegt damit etwas höher als der Durchschnitt der Euroländer. Damit setzte die deutsche Wirtschaft das deutliche Wachstum aus den Vorjahren fort und lag damit im Berichtsjahr auch wieder über dem Durchschnittswert der letzten zehn Jahre (2005 bis 2015) von +1,4 %. Besonders der private Konsum expandierte kräftig; er stützte sich auf eine weiter ausgebauten Beschäftigungslage, steigende Löhne und die hohe verbleibende Kaufkraft angesichts des geringen Preisauftriebs von 0,4 %. Ausschlaggebend für die geringe Teuerung war der Rückgang der Rohölnotierungen. Die Sparquote der privaten Haushalte stieg, ungerührt von den niedrigen Zinsen, um 0,1 %-Punkte auf 9,8 %.

Die Wirtschaftsleistung wurde im Jahresdurchschnitt 2016 von 43,5 Millionen Erwerbstätigen mit Arbeitsort in Deutschland erbracht, 1 % mehr als ein Jahr zuvor. Damit wurde der höchste Stand für die Zahl der Erwerbstätigen seit der Wiedervereinigung erreicht. Eine gestiegene Erwerbsbeteiligung der inländischen Bevölkerung sowie die Zuwanderung ausländischer Arbeitskräfte überkompensierten negative demografische Effekte. Die deutsche Arbeitslosenquote bezogen auf alle zivilen Erwerbspersonen sank im Jahresdurchschnitt 2016 auf 6,1 % nach 6,4 % im Jahr 2015. Das ist der niedrigste Wert seit der

deutschen Wiedervereinigung. Die Bruttolöhne und -gehälter je Arbeitnehmer sind 2016 um 2,5 % gestiegen.

Auch die Thüringer Wirtschaft kann nach Aussagen der Industrie- und Handelskammer Erfurt auf ein erfolgreiches Jahr zurückblicken. Sie erwartet ein Wachstum des Thüringer Bruttoinlandsprodukts von 1,5 %. Dieses Wachstum stützt sich hauptsächlich auf die niedrigen Zinsen, den günstigen Ölpreis sowie einen vorteilhaften Euro-Dollar-Wechselkurs. Der Export liefert dabei belebende Impulse, ebenso wie die gute Arbeitsmarktsituation, die stabilen Einkommen und der private Konsum. Die Thüringer Industrie schloss 2016 mit einem Umsatzhoch ab. Nach Angaben des Thüringer Landesamtes für Statistik gingen im abgelaufenen Kalenderjahr durchschnittlich 3,9 % mehr Aufträge bei den Betrieben ein als im Jahr 2015. Die Unternehmen aus den anderen Branchen erwarten hingegen eine Verstärkung auf einem sehr hohen Niveau.

Ändern sich die Rahmenbedingungen nicht, dann werden nach dem Konjunkturbericht der Thüringer Industrie- und Handelskammer in den kommenden Monaten drei von vier Unternehmen Investitionen vornehmen. Vor allem Modernisierungs- und Ersatzinvestitionen sind geplant. Zudem sind Investitionen in die Entwicklung neuer Produkte, Dienstleistungen und Verfahren geplant sowie zur Kostensenkung und Kapazitätsausweitung. Diese Entwicklungen gelten ebenso für den Landkreis Nordhausen. Die Wirtschaft im Landkreis Nordhausen prägt ein breit gefächertes zukunftsfähiger Branchenmix. Basis für die dynamische Wirtschaftsentwicklung sind auch die hoch qualifizierten Fachkräfte, die in Unternehmen oder an der Hochschule in Nordhausen ausgebildet werden. Infrastruktur und voll erschlossene, günstig gelegene Industrie- und Gewerbeflächen bieten Interessenten gute Bedingungen für eine Investition.

Die durchschnittliche Arbeitslosenquote sank in Thüringen im Jahresdurchschnitt um 0,7 %-Punkte auf 6,7 % und damit stärker als im bundesweiten Trend. Allerdings stagnierte die Zahl der Erwerbstätigen zum Vorjahr. Auslöser dieses Effektes ist der anhaltende Einwohnerrückgang. Im Landkreis Nordhausen sank die Arbeitslosenquote im Jahresdurchschnitt stärker als im Thüringentrend von 8,9 % auf 8,0 %. Im Landkreis Nordhausen setzte sich der Einwohnerrückgang vermutlich auch im Jahr 2016 fort. Zum Redaktionsschluss lagen die Daten des Statistischen Landesamtes noch nicht vor.

1.2 Entwicklung von Geld- und Kapitalmärkten

Niedrige Zinsen, ein moderates Wirtschaftswachstum und geringe Inflationsraten bildeten nach Aussagen der Deutschen Bundesbank im Jahr 2016 erneut die Rahmenbedingungen für die Geldpolitik im Euro-Raum. Die Europäische Zentralbank (EZB) nahm die im Euroraum ähnlich wie in Deutschland niedrigen Inflationsraten zum Anlass für weitere geldpolitische Expansion. Die Kernrate lag weiter unter dem selbst gesetzten Ziel der EZB von „unter, aber nahe bei zwei Prozent“.

Im März 2016 beschloss die EZB, die geldpolitischen Sondermaßnahmen auszuweiten. Zum einen senkte sie den Leitzins von 0,05 % auf 0 % ebenso wie den Satz für die Einlagenfazilität von -0,3 % auf -0,4 %. Außerdem hat sie ihr „Quantitative Easing“ verlängert und beschleunigt. Das monatliche Volumen der Wertpapierankäufe wurde von 60 Mrd. EUR, vor allem Staatsanleihen, auf 80 Mrd. EUR aufgestockt und ab Juni 2016 Unternehmensanleihen in die Ankäufe einbezogen. Gleichzeitig wurden vier neue gezielte langfristige Refinanzierungsgeschäfte angekündigt, deren Zinssatz an die Kreditvergabe der teilnehmenden Banken gekoppelt war, um zusätzliche Anreize für die Kreditvergabe zu setzen. Im Ergebnis können Banken sogar eine Prämie erhalten.

Die Renditen der zehnjährigen Bundesanleihen schwankten im Jahresverlauf zwischen -0,2 % und 0,6 %. Im Juni 2016 wiesen Bundesanleihen mit zehnjähriger Restlaufzeit erstmals eine negative Rendite aus, zum Jahresende eine Rendite von 0,2 %. Die fünfjährigen Bundesanleihen lagen ganzjährig im negativen Renditebereich; zum Jahresende bei -0,5 %. Der europäische Dreimonatssatz sank im Jahresverlauf kontinuierlich von -0,13 % zu Jahresbeginn bis -0,32 % zum Jahresende.

Die Aktienmärkte entwickelten sich in diesem Umfeld sehr volatil. Der europäische Leitindex Euro Stoxx 50 markierte im Februar 2016 mit 2.680 Punkten seinen Tiefpunkt und notierte mit einem Anstieg von 0,7 % auf Jahressicht bei 3.291 Punkten zum Jahresende. Nachdem der deutsche Leitindex DAX in 2015 mit 10.743 Punkten geschlossen hatte, notierte er Mitte Februar 2016 bei 8.753 Punkten und setzte zum Jahresende seinen Höchstschlusskurs bei 11.481 Punkten, was einer Jahresperformance von 6,9 % entspricht.

1.3 Berichterstattung über die Branchensituation

Aus Sicht der Deutschen Bundesbank war 2016 kein einfaches Jahr für die europäischen Banken. Anleger, Aufsicht und Politik beschäftigte die unsichere Lage einzelner Institute. Grundsätzlich stellt sie aber fest, dass die europäischen Banken ihre Kapitalpuffer von durchschnittlich 9 % im Jahr 2008 auf nunmehr 15 % gestärkt haben. Allerdings leidet die Ertragskraft der Banken weiterhin unter dem Niedrigzinsumfeld, vorhandenen Überkapazitäten und der zunehmenden Konkurrenz von Anbietern digitaler Finanzdienstleistungen. Weiterhin besorgt äußert sich die Bundesbank über die stellenweise weiterhin hohen Bestände an notleidenden Krediten in den Bankbilanzen. Deshalb wird der Einheitliche Bankenaufsichtsmechanismus (Single Supervisory Mechanism) daher auch im Jahr 2017 neben den Geschäftsmodellen und der Ertragslage der Banken sowie deren Risikomanagement die Überwachung des Kreditrisikos – insbesondere im Hinblick auf notleidende Kredite und Konzentrationsrisiken – zu seinen Aufsichtsprioritäten zählen.

Die Komplexität und der Umfang der aufsichtlichen Anforderungen an die Institute haben in den vergangenen Jahren deutlich zugenommen. Zugunsten eines stabileren Finanzsystems, vor allem für systemrelevante Banken, sind mit den neuen Regulierungen hohe Verwaltungsaufwendungen verbunden, die jedoch vor allem die kleinen und mittelgroßen Institute belasten. Im Zuge der Feinjustierung der Regulierungsreformen und der bereits laufenden Überarbeitung der EU-Gesetzgebung hat deshalb die Diskussion über entsprechende Erleichterungen und Vereinfachungen im vergangenen Jahr Fahrt aufgenommen. Die Bundesbank hat sich für eine ergebnisoffene Prüfung von mehr Proportionalität in den Aufsichtsvorgaben ausgesprochen. Zudem lasten die regulatorische Unsicherheiten auf den Perspektiven der Banken. Hier muss ein verlässlicher Rahmen für die Planungen geschaffen werden, um eine ausreichend lange Implementierungsphase für einen geordneten Übergang zu neuen regulatorischen Rahmenwerken zu ermöglichen.

Der deutsche Bankensektor ist seit längerem durch eine im internationalen Vergleich zu beobachtende Ertragsschwäche gekennzeichnet. Anhaltend niedrige Zinsen und ein weiteres Abflachen der Zinsstrukturkurve führen zu erneuten Rückgängen bei der Zinsspanne, vor allem bei Sparkassen und Kreditgenossenschaften, deren Erträge besonders stark vom Zinsgeschäft abhängen. Auf die nunmehr weiter gesunkenen Zinsen reagierten die deutschen Banken, deren Erträge sich zu einem großen Teil aus Zins-einkommen speisen, mit einem Ausbau der Fristentransformation. Sie stützten damit ihre Nettoerträge aus dem zinsbezogenen Geschäft. Darüber hinaus profitierten sie von historisch niedrigen Aufwendungen für die Risikovorsorge. Eine ausreichende Kapitalisierung des Bankensystems scheint aus Sicht der Bundesbank notwendig, um Zinsschocks abfedern zu können und um so sicherzustellen, dass die Banken auch künftig bei steigenden Zinsen die Realwirtschaft angemessen mit Krediten versorgen können.

Die BaFin hat am 23. Dezember 2016 ihre vorab konsultierte Allgemeinverfügung zur Unterlegung von Zinsänderungsrisiken im Anlagebuch mit regulatorischen Eigenmitteln final veröffentlicht. Die Allgemeinverfügung besitzt temporären Charakter, da diese nur für jene Institute Gültigkeit erlangt, für die die BaFin im Rahmen des Supervisory Review and Evaluation Process (SREP) bislang noch keine zusätzlichen Eigenmittelanforderungen festgelegt hat. Unabhängig davon sind die Zinsänderungsrisiken sowohl bei der Festlegung der SREP-Kapitalanforderungen als auch bei der von der BaFin angekündigten Neuauflage der Niedrigzinsumfrage im Jahr 2017 eine wichtige Einflussgröße. Die Eigenmittelzuschläge gemäß Allgemeinverfügung betragen je nach Höhe der Barwertveränderung bei einem Zinsschock von 200 Basispunkten im Verhältnis zur risikogewichteten Aktiva zwischen 0 % und 2,6 %. Der Kapitalzu-

schlag, den die BaFin zusätzlich zur Säule-1-Mindestanforderung (harte Kapitalanforderung) im Rahmen des SREP aufschlägt, setzt sich aus dem Zinsänderungsrisiko und den sonstigen wesentlichen Risiken zusammen. Hinzu kommen in Einzelfällen individuelle Zuschläge, primär wegen Defiziten in der internen Organisation und als Ausfluss aus den Ergebnissen aus der Niedrigzinsumfrage. Der SREP soll eine bankindividuelle Beurteilung darstellen, die nicht rein mechanisch getroffen wird und kann einen Zuschlag zwischen 0 % und 17 % zu den Eigenmitteln bedeuten.

Unter den Rahmenbedingungen konnten sich die deutschen Sparkassen gut behaupten. Die Kundeneinlagen bei den deutschen Sparkassen wuchsen insgesamt um 3,3 %, die darin eingerechneten Sichteinlagen legten um 8,8 % zu, die Spareinlagen sanken um -0,9 %. An neuen Krediten sagten die Sparkassen 3,6 % weniger zu als im Vorjahr. Dabei sanken die Darlehenszusagen an Unternehmen und Selbstständige um 1,1 % und an Privatpersonen um 7,5 %; darunter für private Wohnungsbaufinanzierungen um 6,9 %. Unter Berücksichtigung von Tilgungsanteilen ist der Kreditbestand insgesamt um 3,2 % gestiegen, wobei der Unternehmenskreditbestand um 4,6 % und der Kreditbestand an Privatpersonen um 2,7 % stiegen. Das Kundenwertpapiergeschäft erzielte mit einem Nettoabsatz von 9,6 Mrd. Euro den besten Wert seit dem Jahr 2007. Besonders gefragt waren Investmentfonds und Aktien. Während der Zinsüberschuss um 3,7 % zum Vorjahr auf 1,92 % der durchschnittlichen Bilanzsumme (DBS) zurückging, konnte der Provisionsüberschuss um 3,1 % auf 0,62 % der DBS gesteigert werden. Rückläufig waren sowohl der Personalaufwand um 0,8 % auf 1,06 % der DBS als auch der Sachaufwand, der um 0,9 % auf 0,61 % der DBS zurückging. Das Betriebsergebnis vor Bewertung sank um 4,1 % auf 0,90 % der DBS. Die Kernkapitalquote gem. CRR deutscher Sparkassen liegt im Durchschnitt bei 15,2 %, die Cost-Income-Ratio bei 65 % und die Eigenkapitalrentabilität bei 9,7 %.

1.4 Rechtliche Rahmenbedingungen

Die Kreissparkasse Nordhausen ist eine dem gemeinen Nutzen dienende, mündelsichere Anstalt des öffentlichen Rechts mit Sitz in Nordhausen und wurde im Jahr 1841 gegründet. Träger der Sparkasse ist der Landkreis Nordhausen; auf diesen erstreckt sich das Geschäftsgebiet. Grundlage für die Geschäftstätigkeit ist - neben den einschlägigen rechtlichen Bestimmungen wie der CRR, dem Kreditwesengesetz (KWG), dem Thüringer Sparkassengesetz und der Thüringer Sparkassenverordnung - die Satzung der Kreissparkasse Nordhausen.

Im Thüringer Sparkassengesetz und der zugehörigen Sparkassenverordnung sowie der Satzung der Sparkasse ist der öffentliche Auftrag der Sparkasse verankert.

Die Sparkasse ist dem bundesweiten Sicherungssystem der Sparkassen-Finanzgruppe angeschlossen, das elf regionale Sparkassenstützungsfonds durch einen überregionalen Ausgleich miteinander verknüpft. Zwischen diesen und den Sicherungseinrichtungen der Landesbanken und Landesbausparkassen besteht ein Haftungsverbund. Das Sicherungssystem ist im Hinblick auf das am 3. Juli 2015 in Kraft getretene Einlagensicherungsgesetz neu geordnet und von der BaFin anerkannt worden. Ergänzend zur bisherigen Institutssicherungsfunktion wurde gemäß den gesetzlichen Anforderungen die Einlagensicherungsfunktion ergänzt. Kernelement ist das Ansparen eines Zielvolumens von 0,8 % der gedeckten Einlagen über einen Zeitraum von zehn Jahren. Hierdurch wird sichergestellt, dass Einlagen pro Einleger im Regelfall bis zu 100 TEUR, in Sonderfällen auch bis zu 500 TEUR, gesichert sind und Entschädigungszahlungen bis zum 31. Mai 2016 spätestens 20 Arbeitstage und ab dem 1. Juni 2016 spätestens sieben Arbeitstage nach der Feststellung des Entschädigungsfalles durch die BaFin geleistet werden. Das Sicherungssystem der deutschen Sparkassenorganisation umfasst u. a. ein Risikomonitoringsystem zur Früherkennung von Risiken sowie eine risikoorientierte Beitragsbemessung.

Zur Stärkung des Verbundes der Landesbank Hessen-Thüringen und der Sparkassen in der Sparkassenfinanzgruppe Hessen-Thüringen wurde das Verbundkonzept entwickelt und in Kraft gesetzt. Dies stellt in der Summe seiner Einzelbestandteile ein umfassendes Gesamtkonzept im Sinne eines Geschäftsmodells dar, das ausgehend von den Grundprinzipien des Sparkassenwesens auf die Stärkung der Wettbe-

werbs- und Leistungsfähigkeit der Unternehmen der Sparkassenfinanzgruppe Hessen-Thüringen, zunächst vorrangig der Sparkassen und der Landesbank, ausgerichtet ist. Das Verbundkonzept soll zur Stärkung der Ertragskraft, der Begrenzung von Risiko und Haftung sowie zur Wahrnehmung der Gruppe als wirtschaftliche Einheit beitragen. Durch den Wegfall von Anstaltslast und Gewährträgerhaftung gilt es insbesondere, die auf die Risikofrüherkennung und -prävention gerichtete Risikopolitik und die Sicherungseinrichtungen in Ergänzung der Entwicklung auf der Bundesebene an die neue Situation und die Risikotragfähigkeit der Gruppe in geeigneter Form anzupassen.

Die Kreissparkasse Nordhausen ist Mitglied des Sparkassen- und Giroverbandes Hessen-Thüringen in Frankfurt am Main/Erfurt.

2 Geschäftsentwicklung der Kreissparkasse Nordhausen

2.1 Geschäftsentwicklung insgesamt

Die Geschäftsentwicklung im Jahr 2016 stellt sich unter den vorhandenen Rahmenbedingungen zufriedenstellend dar. Die Entwicklung der Bilanzsumme übertraf unsere Erwartungen aus dem Prognosebereich des Vorjahres.

Geschäftsentwicklung	2016	2015	Veränderungen	
	in Mio. EUR	in Mio. EUR	in Mio. EUR	in %
Geschäftsvolumen ¹	1.137,6	1.121,2	16,4	1,5
Bilanzsumme	1.127,4	1.111,4	16,0	1,4
Forderungen an Kreditinstitute	32,1	10,8	21,3	197,2
Kundenkreditvolumen ²	621,1	597,4	23,7	4,0
Eigenanlagen ³	423,3	451,4	-28,1	-6,2
Beteiligungen	9,4	9,4	0,0	0,0
Anteile an verbundenen Unternehmen	5,8	5,8	0,0	0,0
Verbindlichkeiten geg. Kreditinstituten	59,9	58,5	1,4	2,4
Kundeneinlagen ⁴	929,8	921,4	8,4	0,9
Eigenkapital (Sicherheitsrücklage)	67,9	66,4	1,5	2,3
Depotvolumen ⁵	134,5	119,4	15,1	12,6

¹ Bilanzsumme zuzüglich Eventualverbindlichkeiten

² Bilanzposition Aktiva 4 zuzüglich Eventualverbindlichkeiten

³ Summe aus Bilanzpositionen Aktiva 5 bis 6a

⁴ Summe aus Bilanzpositionen Passiva 2, 3, 9 und 10

⁵ der bei der DekaBank Deutsche Girozentrale und S Broker AG & Co. KG geführten Depots

Die regionalen wirtschaftlichen Rahmenbedingungen haben sich im Jahresverlauf wiederholt positiv auf den Geschäftsverlauf im Kerngeschäft (Kundeneinlagen, Kundenkreditvolumen, Dienstleistungen) ausgewirkt. Die Zuwachsraten des Jahres 2015 konnten jedoch nicht wiederholt werden. Im Vergleich zum Vorjahr wurde ein moderates Wachstum der bilanzwirksamen Kundengeschäfte erreicht. Die zugeflossenen Kundeneinlagen sowie die aus der Reduzierung von Eigenanlagen frei gewordenen Mittel ermöglichten die Ausweitung des Kundenkreditvolumens. Im Ergebnis erhöhte sich die Bilanzsumme um 16 Mio. EUR bzw. 1,4 % auf 1.127,4 Mio. EUR; das Geschäftsvolumen stieg um 16,4 Mio. EUR bzw. 1,5 % auf 1.137,6 Mio. EUR.

2.2 Kreditgeschäft

Bei dem bilanziellen Kreditvolumen an Kunden (inklusive Eventualverbindlichkeiten) konnten Tilgungsleistungen durch Neuausreichungen überkompensiert werden. Der Anstieg des Kundenkreditvolumens auf 621,1 Mio. EUR fiel mit 23,7 Mio. EUR bzw. 4 % etwas höher als erwartet aus. Im Berichtsjahr 2016 wurden 41,3 Mio. EUR an Krediten für Unternehmen und Selbständige neu zugesagt. Auch wenn die Neukreditvergabe an diese Kundengruppe damit um 22,3 % unter dem Vorjahresniveau lag, spiegelt sich in den Neuzusagen unsere starke Marktposition in diesem Kundensegment wider. Insgesamt blieb der Bestand an Unternehmenskrediten in Höhe von 319 Mio. EUR im Vergleich zum Vorjahr nahezu konstant. Die Kredite gegenüber der öffentlichen Hand nahmen um 1,1 Mio. EUR bzw. 4,2 % auf 27,1 Mio. EUR zu.

Erneut erfreulich entwickelten sich die Darlehenszusagen an Privatpersonen. Die hohen Zuwachszahlen aus dem Jahr 2015 konnten erwartungsgemäß nicht erreicht werden, lagen jedoch deutlich über unseren Planwerten. Die privaten Zusagen betrugen 63,3 Mio. EUR und lagen damit um 14,1 % unter dem Vorjahreswert. Den größten Posten nahmen wieder die Zusagen im privaten Wohnungsbaukreditgeschäft ein, welche 50,6 Mio. EUR betrugen. Trotz hoher Tilgungsleistungen erhöhte sich der Bestand an privaten Darlehen um insgesamt 20,8 Mio. EUR bzw. 8,1 % auf 278,6 Mio. EUR. Dieser Bestandszuwachs übertraf unsere Erwartungen deutlich.

2.3 Eigenanlagen

Die Entwicklung an den Zins- und Aktienmärkten führten zu Verschiebungen von Reinvestitionen fällig gewordener Wertpapiere im Eigenbestand. Der Wertpapierbestand zum Jahresende lag deshalb mit 423,3 Mio. EUR um 28,1 Mio. EUR bzw. 6,2 % Euro unter dem Vorjahresniveau. Der Bestand an Schuldverschreibungen und anderen festverzinslichen Wertpapieren wurde dabei im Vergleich zum Vorjahr deutlich um 19,7 Mio. EUR bzw. 10,8 % auf 163,5 Mio. EUR reduziert; der Aktienbestand sowie die anderen nicht festverzinslichen Wertpapiere verringerten sich um insgesamt 8,4 Mio. EUR bzw. 3,1 % auf 259,8 Mio. EUR.

Die Eigenanlagen sind nach dem strengen Niederstwertprinzip bewertet. Die durchschnittliche Kapitalbindungsdauer (Duration) der Schuldverschreibungen und anderen festverzinslichen Wertpapiere beträgt 3,9 Jahre nach 2,6 Jahren im Vorjahr.

Zwischen den Bilanzstichtagen erhöhten sich die Forderungen an Kreditinstitute um 21,3 Mio. EUR auf 32,1 Mio. EUR im Wesentlichen bedingt durch die Verschiebung von Wertpapiieranlagen.

2.4 Beteiligungen und Anteile an verbundenen Unternehmen

Der Bestand an Beteiligungen der Sparkasse beläuft sich erwartungsgemäß unverändert auf 9,4 Mio. EUR.

Auch die Anteile an verbundenen Unternehmen veränderten sich nicht zum Vorjahr. Der Bestand beträgt weiterhin 5,8 Mio. EUR.

2.5 Sachanlagen / Investitionen

Größere bauliche Investitionen erfolgten im Berichtsjahr an unseren Sparkassengebäuden nicht. Entsprechend unserer Planung führten wir Ersatz- und Erweiterungsinvestitionen in technischen Anlagen, der EDV und der Büro- und Geschäftsausstattung durch. Der Bestand an Sachanlagen verminderte sich nach planmäßigen Abschreibungen von 1,3 Mio. EUR um 0,5 Mio. EUR bzw. 2,7 % auf 18,0 Mio. EUR.

2.6 Einlagengeschäft

Kundeneinlagen	2016	2015	Veränderungen	
	in Mio. EUR	in Mio. EUR	in Mio. EUR	in %
Verbindlichkeiten gegenüber Kunden	927,3	918,9	8,4	0,9
Verbriefte Verbindlichkeiten	2,5	2,5	0,0	0,0
Gesamt	929,8	921,4	8,4	0,9

Die gesamten Kundeneinlagen stiegen etwas geringer als erwartet an, die Erhöhung beträgt 8,4 Mio. EUR bzw. 0,9 % auf 929,8 Mio. EUR. Auslöser hierfür sind die aufgrund der anhaltenden Niedrigzinsphase tendenziell ansteigenden Umschichtungen in außerbilanzielle Wertpapieranlagen. Der Bestand der verbrieften Verbindlichkeiten blieb bei 2,5 Mio. EUR konstant.

Vor dem Hintergrund der dargestellten Zinsentwicklung und der Wettbewerberangebote bevorzugten unsere Kunden - wie in den Vorjahren - Sicht- und Sparanlagen mit kurz- und mittelfristigem Charakter. Der Bestand an täglich fälligen Sichteinlagen erhöhte sich um 15,1 Mio. EUR bzw. 2,7 % auf 565,8 Mio. EUR. Stark rückläufig waren wiederholt Anlagen in Sparbriefen. Insgesamt reduzierte sich der Bestand an anderen Verbindlichkeiten mit vereinbarter Laufzeit oder Kündigungsfrist erwartungsgemäß um 1,7 Mio. EUR bzw. 25,4 % auf 5 Mio. EUR. Der Bestand an normal- und höherverzinslichen Spareinlagen entwickelte sich entgegen unseren Erwartungen um 5 Mio. EUR bzw. 1,4 % auf 356,5 Mio. EUR rückläufig.

Die Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten erhöhten sich um 1,4 Mio. EUR bzw. 2,4 % auf 59,9 Mio. EUR.

2.7 Eigenkapital

Nach Feststellung des Jahresüberschusses 2015 und der Ausschüttung an den Träger der Sparkasse, den Landkreis Nordhausen, in Höhe von 594 TEUR konnte die Sicherheitsrücklage im Berichtsjahr 2016 um 1,5 Mio. EUR bzw. 2,3 % auf 67,9 Mio. EUR gesteigert werden. Nach der Feststellung des Jahresabschlusses 2016 sollen nach dem Gewinnverwendungsvorschlag des Vorstands vom Jahresüberschuss in Höhe von 1,8 Mio. EUR insgesamt 1,2 Mio. EUR der Sicherheitsrücklage zugeführt und 594 TEUR an den Träger ausgeschüttet werden. Die Sicherheitsrücklage wird somit nach erfolgter Ausschüttung 69,1 Mio. EUR betragen.

Als Kernkapital gemäß den Bestimmungen der Capital Requirements Regulation (CRR) stehen der Kreissparkasse Nordhausen am 31. Dezember 2016 die Sicherheitsrücklage und der Fonds für allgemeine Bankrisiken nach § 340g HGB zur Verfügung. Neben dem Kernkapital verfügt die Kreissparkasse Nordhausen noch über ergänzende Eigenkapitalbestandteile. Das anrechenbare Ergänzungskapital besteht zum 31. Dezember 2016 aus Teilen der Vorsorgereserven nach § 340f HGB, welche als allgemeine Kreditrisikopassungen gemäß Art. 62c) CRR angerechnet werden können.

Die Eigenmittel nach Art. 72 CRR und die anrechenbaren Eigenmittel i.S. von Art. 4 Abs. 1 Nr. 71 CRR stellen sich zum 31. Dezember 2016 wie folgt dar:

Eigenmittelermittlung	2016	2015	Veränderungen	
	in Mio. EUR	in Mio. EUR	in Mio. EUR	in %
Posten des harten Kernkapitals bzw. hartes Kernkapital gemäß Art. 50 CRR	116,5	109,3	7,2	6,6
abzgl. Abzüge vom harten Kernkapital	0,1	1,7	-1,6	-94,1
= Kernkapital gem. Art. 25 CRR	116,4	107,6	8,8	8,2
Vorsorgereserven nach § 340f HGB als allgemeine Kreditrisikoanpassungen gemäß Art. 62 c) CRR	6,2	6,8	-0,6	-8,8
abzgl. Abzüge vom Ergänzungskapital	0	0,2	-0,2	-100
= Ergänzungskapital gem. Art. 71 CRR	6,2	6,6	-0,4	-6,1
Eigenmittel gem. Art. 72 CRR = anrechenbare Eigenmittel gem. Art. 4 Abs. 1 Nr. 71 CRR	122,5	114,2	8,3	7,3

Bei einem Gesamtforderungsbetrag gem. Art. 92 Abs. 3 CRR in Höhe von 558,1 Mio. EUR nach 711,4 Mio. EUR im Vorjahr, davon 494,4 Mio. EUR (Vorjahr: 645,6 Mio. EUR) Adressenrisiken, 59,7 Mio. EUR (57,8 Mio. EUR) operationelle Risiken und 4 Mio. EUR (8 Mio. EUR) Marktpreisrisiken verfügt die Kreissparkasse Nordhausen zum 31. Dezember 2016 über eine Gesamtkennziffer gemäß CRR von 22 % und eine Kernkapitalquote von 20,9 %. Ende 2015 betrug die Gesamtkennziffer gemäß CRR 16,1 % und die Kernkapitalquote 15,1 %. Der Rückgang des Gesamtforderungsbetrages ist im Wesentlichen auf die Anwendung der Realkreditprivilegierung zurückzuführen. Dieser Ansatz und die Stärkung der Eigenmittel führten zu einem wesentlichen Anstieg der Gesamtkennziffer und der Kernkapitalquote. Die Basis für eine zukünftige Geschäftsausweitung ist somit gegeben.

2.8 Depotvolumen

Der Depotkontenbestand der von der Sparkasse betreuten bzw. geführten Depots erhöhte sich um 144 Stück auf 5.671 Stück; das Volumen im Wertpapierkommissionsgeschäft der bei der DekaBank Deutsche Girozentrale Frankfurt am Main und Luxemburg sowie der bei der S Broker AG & Co. KG bestehenden Depots betrug Ende 2016 insgesamt 134,5 Mio. EUR und lag um 15,1 Mio. EUR bzw. 12,6 % über dem Vorjahr.

Viele Anleger strukturierten ihre Geldanlagen, besonders aufgrund der anhaltenden Niedrigzinsphase, neu. Aus diesem Grund stieg die Nachfrage nach Wertpapieren 2016 deutlich. Der Wertpapierumsatz erhöhte sich erwartungsgemäß deutlich um 18,1 Mio. EUR bzw. 41,2 % auf 62 Mio. EUR.

Umsatzentwicklung Depotgeschäft*	2016	2015	Veränderungen	
	in Mio. EUR	in Mio. EUR	in Mio. EUR	in %
Festverzinsliche Wertpapiere	32,0	24,8	7,2	29,0
Aktien und Optionsscheine	5,0	2,7	2,3	85,2
Investmentfonds	25,0	16,4	8,6	52,4
Gesamt	62,0	43,9	18,1	41,2

* bei der DekaBank Deutsche Girozentrale und S Broker AG & Co. KG geführte Depots

2.9 Dienstleistungsgeschäft

Insgesamt betreut die Sparkasse rd. 107,2 Tsd. Konten. Die Zahl der Privatgirokonten konnte trotz des anhaltenden Einwohnerrückgangs im Landkreis Nordhausen einen leichten Zuwachs um 81 Stück auf 44.888 Stück verzeichnen. Unseren Kunden steht mit 17 Standorten (inkl. Hauptstelle) im Landkreis Nordhausen ein flächendeckendes Netz an mitarbeiterbesetzten Filialen bzw. Selbstbedienungsfilialen, drei zusätzliche reine Geldautomatenstandorte, ein sparkasseneigenes CallCenter mit einer werktäglichen Erreichbarkeit von 8 bis 18 Uhr sowie 24 Stunden am Tag die Internetfiliale www.kskndh.de für die Erledigung ihrer Bankgeschäfte zur Verfügung. Darüber hinaus können unsere Kunden die Sparkassen-App, Deutschlands meistgenutzte Banking-App, nutzen. Im Landkreis Nordhausen hält die Sparkasse 38 Geldautomaten – davon 12 mit Ein- und Auszahlungsfunktion, 47 Multifunktions terminals für Überweisungen und Kontoauszugsdrucke sowie zwei Münzeinzahlungsautomaten für ihre Kunden vor.

Das Verbundgeschäft entwickelte sich im vergangenen Geschäftsjahr differenziert. Wesentliche Gründe hierfür sehen wir in einem Umdenken unserer Kunden hinsichtlich der Anlagemöglichkeiten nach der Finanzmarktkrise und dem niedrigen Zinsniveau. Die Umsätze im Wertpapiergeschäft entwickelten sich erfreulich mit starken Zuwächsen. Bei den Vermittlungen von Immobilien und im Leasingbereich konnten unsere Erwartungen erfüllt werden, ebenso im Versicherungsgeschäft, das die Sparkasse als Generalagentur der Sparkassenversicherung im Landkreis Nordhausen betreibt. Die Vermittlungen für die Landesbausparkasse Hessen-Thüringen lagen im Berichtsjahr wiederholt unter unseren Erwartungen.

Das Kreditkartengeschäft mit Mastercard- und Visa-Kreditkarten konnte weiter ausgebaut werden; insgesamt erhöhte sich der vermittelte Kartenbestand auf 7.094 Stück. Gegenüber dem Vorjahresende ergab sich ein Bestandsanstieg von 469 Karten.

3 Nicht finanzielle Leistungsindikatoren

3.1 Personal- und Sozialbereich

Die Sparkasse beschäftigte zum Bilanzstichtag 240 (Vorjahr: 243) Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter, darunter 103 Teilzeitkräfte (Vorjahr: 98) und 13 Auszubildende (Vorjahr: 14). Umgerechnet auf Vollzeitkräfte entspricht dies einer Personalkapazität analog des Vorjahres von 211 Beschäftigten. Altersteilzeitvereinbarungen bestehen bei einem Beschäftigten (Vorjahr: 2). Die Personalstruktur ist mit 74,9 % (Vorjahr: 75,7 %) weiterhin von einem hohen Anteil weiblicher Bediensteter geprägt. Die Sparkassen-sonderzahlung wurde 2006 aufgrund des umgesetzten Tarifvertrages (TVöD) eingeführt und wird seitdem angewendet. Der variable Anteil fließt in einen individuell-leistungsbezogenen und einen unternehmens-erfolgsbezogenen Anteil ein. Die Vergütungs- und Anreizsysteme stehen im Einklang mit der Verordnung über die aufsichtsrechtlichen Anforderungen an Vergütungssysteme von Instituten und den in der Geschäftsstrategie dargestellten Zielen. Die Angemessenheit der außertariflichen Vergütungssysteme war auch 2016 gegeben. Die Sparkasse zahlte keine Provisionen für vermittelte Produkte an Mitarbeiter.

Die Sparkasse ist bestrebt, ihre Fach- und Führungskräfte so weit wie möglich selbst auszubilden und über geeignete Personalentwicklungsmaßnahmen auf die Übernahme von Spezialisten- und Führungspositionen vorzubereiten. Die interne und externe Weiterbildung der Mitarbeiter war auch 2016 von besonderer Bedeutung. Alle unsere Auszubildenden schlossen ihre Berufsausbildung erfolgreich ab.

Die Sparkasse bietet Angebote und Aktionen zur Gesundheitsvorsorge und -förderung; sie dienen der Gesunderhaltung, der Förderung des Betriebsklimas und somit der Mitarbeiterbindung und werden rege in Anspruch genommen.

Zur Gewährleistung des flexiblen Einsatzes der Mitarbeiter arbeitet die Sparkasse bereits seit mehreren Jahren mit der variablen Arbeitszeit. Ferner bietet die Sparkasse den Mitarbeitern die Möglichkeit der Arbeitszeitgestaltung im Rahmen von individuellen Teilzeitmodellen an.

3.2 Gesellschaftliches Engagement

Das Jahr 2016 stand ganz im Zeichen des 175jährigen Bestehens der Kreissparkasse Nordhausen. Insgesamt hat die Sparkasse im Jubiläumsjahr für die Förderung der Region in den Bereichen Kunst, Kultur, Umwelt, Sport, soziale Zwecke und Jugendarbeit eine Summe von 359,6 TEUR zur Verfügung gestellt.

Die Stiftung der Kreissparkasse Nordhausen förderte im Jahr 2016 Projekte mit einem Volumen von 65,7 TEUR.

4 Ertragslage

Die Entwicklung der Ertragslage der Sparkasse entsprach im Geschäftsjahr 2016, gemessen am GuV-orientierten Ergebnis vor Bewertung, unseren Planungen. Das Ergebnis nach Bewertung übertraf unsere Erwartungen aufgrund günstiger Bewertungsergebnisse.

Die folgende Tabelle stellt die wesentlichen Positionen der Gewinn- und Verlustrechnung dar.

Entwicklung der Ertragslage	2016		2015		Veränderungen	
	in Mio. EUR	in % der DBS	in Mio. EUR	in % der DBS	in Mio. EUR	in %
Zinsüberschuss ¹	22,9	2,0	21,9	2,0	1,0	4,6
Provisionsüberschuss ²	8,1	0,7	7,3	0,7	0,8	11,0
Nettoergebnis des Handelsbestands	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0
Personalaufwand	12,6	1,1	12,0	1,1	0,6	5,0
Sachaufwand	7,1	0,6	7,5	0,7	-0,4	-5,3
Saldo sonstige betriebliche Erträge und Aufwendungen ³	1,3	0,1	1,8	0,2	-0,5	-27,8
Abschreibungen auf immaterielle Anlagewerte und Sachanlagen	1,4	0,1	3,3	0,3	-1,9	-57,6
Betriebsergebnis vor Bewertung	11,2	1,0	8,2	0,7	3,0	36,6
Bewertung / Risikovorsorge ⁴	5,2	0,5	3,5	0,3	1,7	48,6
Betriebsergebnis nach Bewertung	6,0	0,5	4,7	0,4	1,3	27,7
Außerordentliches Ergebnis	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0
Ertragssteuern	4,2	0,4	2,6	0,3	1,6	61,5
Jahresüberschuss	1,8	0,2	2,1	0,2	-0,3	-14,3
Durchschnittliche Bilanzsumme (DBS)	1.133,7		1.113,8		19,9	1,8

¹ GuV-Position 1 – GuV-Position 2 + GuV-Position 3

² GuV-Position 5 – GuV-Position 6

³ GuV-Position 4 + GuV-Position 8 – GuV-Position 12 - GuV-Position 17 - GuV-Position 24

⁴ GuV-Position 13 + GuV-Position 14 - GuV-Position 15 + GuV-Position 16 - GuV-Position 18

Die Kreissparkasse Nordhausen nutzt für Steuerungszwecke unterstützend den Betriebsvergleich der deutschen Sparkassenorganisation. Hierbei handelt es sich um eine betriebswirtschaftliche Darstellung von Erfolgskennzahlen. Die folgende Tabelle enthält eine Überleitungsrechnung ausgehend von der Gewinn- und Verlustrechnung hin zur Betriebsvergleichs-Systematik. Die wesentlichen Abweichungen werden zudem im Folgenden kurz erläutert.

Gewinn- und Verlustrechnung	2016 Mio. EUR	Delta Mio. EUR	2016 Mio. EUR	Betriebswirtschaftliches Ergebnis
Zinsspanne (einschließlich laufender Erträge)	22,9	-0,1	22,8	Zinsüberschuss
Provisionsüberschuss	8,1	0,1	8,2	Provisionsüberschuss
Verwaltungsaufwendungen und Abschreibungen	21,1	-0,7	20,4	Verwaltungsaufwand
Teilbetriebsergebnis	9,9	0,7	10,6	Teilbetriebsergebnis
Handelsergebnis	0	0	0	Nettoergebnis aus Finanzgeschäften
Saldo sonstige Erträge und Aufwendungen	1,3	-0,9	0,4	Saldo sonstiger ordentlicher Ertrag und Aufwand
Betriebsergebnis vor Bewertung	11,2	-0,2	11,0	Betriebsergebnis vor Bewertung
Bewertung / Risikovorsorge	5,2	0,1	5,3	Bewertungsergebnis
Betriebsergebnis nach Bewertung	6,0	-0,3	5,7	Betriebsergebnis nach Bewertung
Außerordentliches Ergebnis	0	0,3	0,3	Neutrales Ergebnis
Ergebnis vor Steuern	6,0	0	6,0	Ergebnis vor Steuern
Ertragssteuern	4,2	0	4,2	Steuern
Jahresüberschuss	1,8	0,0	1,8	Jahresüberschuss

Der bilanzielle Zinsüberschuss als wichtigste Ertragsquelle der Sparkasse erhöhte sich um 1 Mio. EUR bzw. 4,6 % auf 22,9 Mio. EUR. Die im Zinsergebnis enthaltenen laufenden Erträge (GuV-Position 3) waren dabei um 1,8 Mio. EUR auf 3,2 Mio. EUR rückläufig, im Wesentlichen bedingt durch die geringere Ausschüttung von ordentlichen Erträgen aus dem Wertpapierspezialfonds. Die Zinserträge (GuV-Position 1) gingen durch die fortdauernde Niedrigzinsphase tendenziell gemäß unseren Erwartungen um 1,8 Mio. EUR bzw. 7 % auf 23,8 Mio. EUR zurück. Die Zinsaufwendungen waren aufgrund von geringeren geleisteten Ausgleichszahlungen für die vorzeitige Auflösung (Close-out) von Zinsswaps in Höhe von 0,9 Mio. EUR (Vorjahr: 3,4 Mio. EUR) um 4,5 Mio. EUR auf 4,1 Mio. EUR stärker rückläufig als erwartet. Durch die vorzeitige Auflösung von Zinsswaps wird der Zinsaufwand zukünftiger Jahre verringert.

Der Zinsaufwand aus der vorzeitigen Auflösung von Zinsswaps wird in der betriebswirtschaftlichen Betrachtungsweise nicht dem Zinsergebnis, sondern dem außerordentlichen Ergebnis zugeordnet. Demgegenüber werden Zinsaufwendungen für Pensionsrückstellungen teilweise im außerordentlichen Ergebnis berücksichtigt. Unter Berücksichtigung dieser Effekte ergibt sich in der betriebswirtschaftlichen Betrachtungsweise ein Zinsüberschuss von 22,8 Mio. EUR. Die im Lagebericht des Vorjahres prognostizierte rückläufige Entwicklung des Zinsüberschusses ist - aufgrund der gegenüber der Planung niedrigeren Ausschüttung aus dem Wertpapierspezialfonds und des höher als erwarteten Zinsaufwandes für Pensionsrückstellungen - stärker rückläufig als erwartet.

Der bilanzielle Provisionsüberschuss stieg mit 0,8 Mio. EUR bzw. 11 % auf 8,1 Mio. EUR gemäß unseren Planungen an, was vor allem auf die Preisanpassung im Privatgiroverkehr zurückzuführen ist. Das Provisionsergebnis im Wertpapiergeschäft und die Erträge aus dem Versicherungs-, Bauspar- und Immobilienvermittlungsgeschäft entsprachen trotz Steigerungen zum Vorjahr nicht vollständig unseren Erwar-

tungen. Die Provisionserträge insgesamt resultieren zu 61,7 % aus dem Zahlungsverkehr. Weitere bedeutende Ertragseinnahmen sind das Kredit-, Wertpapier- und Vermittlungsgeschäft im Sparkassenverbund.

Die allgemeinen Verwaltungsaufwendungen (Personal- und Sachaufwand) erhöhten sich um 0,2 Mio. EUR bzw. 1 % auf 19,7 Mio. EUR. Der Personalaufwand stieg gemäß unseren Erwartungen um 0,6 Mio. EUR bzw. 5 % auf 12,6 Mio. EUR. Die darin enthaltenen Löhne und Gehälter erhöhten sich um 0,3 Mio. EUR auf 10,1 Mio. EUR; die sozialen Abgaben und Aufwendungen für Altersvorsorge und Unterstützung stiegen um 0,3 Mio. EUR auf 2,5 Mio. EUR. Die Sachaufwendungen reduzierten sich stärker als erwartet um 0,4 Mio. EUR bzw. 5,3 % auf 7,1 Mio. EUR. Ursächlich für die Unterschreitung des Planwerts waren insbesondere niedrigere Ausgaben bei Aus- und Weiterbildungsmaßnahmen und zeitliche Verschiebungen bei Investitionsmaßnahmen in Geschäftsräumen.

Der Saldo der sonstigen betrieblichen Erträge und Aufwendungen weist einen positiven Betrag von 1,3 Mio. EUR nach 1,8 Mio. EUR im Vorjahr aus. Die sonstigen betrieblichen Erträge resultieren im Wesentlichen aus Erträgen und Aufwendungen für nicht sparkassenbetrieblich genutzte Grundstücke und Gebäude(teile). Für betriebswirtschaftliche Zwecke werden Erträge aus den Auflösungen von Rückstellungen bzw. Aufwendungen für die Rückstellungsbildung sowie weitere in sonstigen betrieblichen Erträge und Aufwendungen enthaltene außerordentliche und außerplanmäßige Erträge und Aufwendungen dem außerordentlichen Ergebnis zugeordnet.

Die Abschreibungen auf immaterielle Anlagewerte und Sachanlagen reduzierten sich um 1,9 Mio. EUR auf 1,4 Mio. EUR. Im Vorjahr beinhaltete die Position nicht erwartete außerplanmäßige Abschreibungen auf Grundstücke und Gebäude von 1,6 Mio. EUR.

Der Gesamtaufwand (GuV-Positionen 10 bis 12) reduzierte sich um 1,5 Mio. EUR bzw. 6,3 % auf 22,4 Mio. EUR. Die Erträge (GuV-Positionen 1 bis 9) stiegen um 1,5 Mio. EUR bzw. 4,7 % auf 33,6 Mio. EUR.

Das in der betriebswirtschaftlichen Systematik um außerplanmäßige bzw. außerordentliche Effekte bereinigte Betriebsergebnis vor Bewertung beträgt 11 Mio. EUR. Es liegt auf dem von uns erwarteten Wert, ebenso wie das Bewertungsergebnis von 5,3 Mio. EUR und das betriebswirtschaftliche Betriebsergebnis nach Bewertung von 5,7 Mio. EUR.

Das Verhältnis der Aufwendungen zu den Erträgen (Cost-Income-Ratio) stellt sich in der betriebswirtschaftlichen Betrachtung wie folgt dar:

Entwicklung Aufwands-/Ertragsrelation	2016 in Mio. EUR	2015 in Mio. EUR	Veränderungen in Mio. EUR in %	
Gesamtaufwand	20,4	21,8	-1,4	-6,4%
Gesamtertrag	31,4	33,8	-2,4	-7,1%
Cost-Income-Ratio in %	65,0	64,5		

Die Eigenkapitalrentabilität (Betriebsergebnis nach Bewertung gemäß Betriebsvergleich der Sparkassen vor Zuführungen zum Fonds für allgemeine Bankrisiken nach § 340g HGB im Verhältnis zur Sicherheitsrücklage, dem Bilanzgewinn abzgl. Ausschüttung, dem Bestand an Vorsorgereserven nach § 340f HGB sowie dem Fonds für allgemeine Bankrisiken des Vorjahres) zeigt folgende Entwicklung auf:

Entwicklung Eigenkapitalrendite	2016	2015	2014
in %	9,8	11,0	11,6

In der bilanziellen Betrachtung werden im Jahr 2016 per Saldo Erträge aus Zuschreibungen zu Forderungen und bestimmten Wertpapieren sowie aus der Auflösung von Rückstellungen im Kreditgeschäft (GuV 14) in Höhe von 0,9 Mio. EUR nach 2,1 Mio. EUR im Vorjahr ausgewiesen. Aus dem Ergebnis des Geschäftsjahrs wurden dem Fonds für allgemeine Bankrisiken gemäß § 340g HGB zur Erfüllung aufsichtsrechtlicher Eigenkapitalvorschriften 6,4 Mio. EUR nach 5,7 Mio. EUR im Vorjahr zugeführt.

Bei Beteiligungen, Anteilen an verbundenen Unternehmen und wie Anlagevermögen behandelte Wertpapiere ergaben sich per Saldo Erträge von 338 TEUR nach 68 TEUR im Vorjahr.

Auf den zum Niederstwertprinzip bewerteten Wertpapierbestand der Sparkasse erfolgten im abgelaufenen Geschäftsjahr handelsrechtliche Ab- und Zuschreibungen. Entgegen unserer Erwartung, die von einem nicht unerheblichen Bewertungsaufwand im Wertpapiergeschäft ausging, resultierte aus dem Wertpapiergeschäft (Wertpapiere der Liquiditätsreserve sowie des Anlagevermögens) insbesondere aufgrund realisierter Kursgewinne (0,8 Mio. EUR) ein positives Bewertungsergebnis. Die Risikovorsorgeaufwendungen im Kreditgeschäft waren ebenfalls entgegen unseren Erwartungen mit 0,7 Mio. EUR positiv.

Inklusive der Dotierung des Fonds für allgemeine Bankrisiken nach § 340g HGB erhöhten sich die gesamten Bewertungs- und Risikovorsorgeaufwendungen um 1,7 Mio. EUR auf 5,2 Mio. EUR. Die über verschiedene Kundensegmente und Branchen gestreuten Kreditausfallrisiken wurden angemessen abgeschirmt.

Ursächlich für den Anstieg des bilanziellen Ergebnisses vor Bewertung um insgesamt 3 Mio. EUR auf 11,2 Mio. EUR waren insbesondere die beschriebenen positiven Entwicklungen des Zinsergebnisses, des Provisionsergebnisses und der Sachaufwendungen sowie der Wegfall des Sondereffektes der außerplanmäßigen Abschreibungen auf Sachanlagen. Demgegenüber wirkte der angestiegene Personalaufwand belastend. Das Ergebnis nach Bewertung in Höhe von 6 Mio. EUR liegt um 1,3 Mio. EUR über dem des Vorjahres. Nach Abzug des Steueraufwands von 4,2 Mio. EUR nach 2,6 Mio. EUR im Vorjahr weist die Sparkasse einen unter dem Vorjahr (2.090 TEUR) liegenden Jahresüberschuss von 1.766 TEUR aus, der unter der im Vorjahr im Prognosebericht ausgeführten Annahme des Vorstands liegt. Das Ergebnis ermöglicht für das abgelaufene Geschäftsjahr erneut eine Ausschüttung an den Träger der Sparkasse, den Landkreis Nordhausen, die nach Feststellung des Jahresabschlusses analog dem Vorjahr 594 TEUR, davon 94 TEUR für Kapitalertragsteuer und Solidaritätszuschlag, betragen soll. Der verbleibende Betrag von 1.172 TEUR soll der Sicherheitsrücklage zugeführt werden, die sich somit auf 69,1 Mio. EUR erhöht. Vor dem Hintergrund der gesamtwirtschaftlichen Entwicklung sowie der branchenspezifischen Gegebenheiten ist der Vorstand der Sparkasse mit dem erreichten Ergebnis zufrieden. Es ist Ausdruck einer stetigen sowie vorausschauenden Geschäftspolitik.

5 Finanzlage

Die Zahlungsfähigkeit der Kreissparkasse Nordhausen war im Geschäftsjahr 2016 wie in den Vorjahren aufgrund einer planvollen und vorausschauenden Liquiditätsvorsorge jederzeit wie erwartet gegeben. Es bestehen kurzfristige Refinanzierungsmöglichkeiten bei Kreditinstituten, unter anderem bei der Deutschen Bundesbank und der Landesbank Hessen-Thüringen. Die Liquiditätsverordnung nach § 11 KWG (LiqV) und die Mindestreservevorschriften dienen der Beschränkung des Abruftrisikos. Der Mindestwert für die Liquiditätskennzahl gem. LiqV beträgt 1. Die Sparkasse hat im Berichtsjahr diese Kennzahl stets erfüllt. Die zu den Stichtagen (Monatsultimo) ermittelte Liquiditätskennzahl lag im Jahr 2016 zwischen 4,56 und 5,09. Die Liquidity Coverage Ratio (LCR) nach Art. 412 CRR in Verbindung mit der delVO 2015/61 zum 31. Dezember 2016 beträgt 1,74; die aufsichtsrechtlichen Anforderungen werden insofern erfüllt. Nach unserer Finanzplanung ist die Zahlungsbereitschaft der Sparkasse auch für die absehbare Zukunft weiterhin jederzeit gesichert. Hinsichtlich der Steuerung des Liquiditätsrisikos wird auf den Risikobericht, Kapitel C, verwiesen.

6 Vermögenlage

Nach der Feststellung des Jahresabschlusses 2016 und der Berücksichtigung der geplanten Ausschüttung an den Träger von 594 TEUR wird die Sicherheitsrücklage der Sparkasse voraussichtlich 69,1 Mio. EUR betragen. Neben der Sicherheitsrücklage und dem Fonds für allgemeine Bankrisiken, die die Bestandteile des Kernkapitals bilden, verfügt die Sparkasse zusammen mit den verbliebenen Vorsorgereserven gemäß § 340f HGB, welche ausschließlich als allgemeine Kreditrisikoanpassungen gemäß Art. 62c) CRR dem Ergänzungskapital angerechnet werden, über eine ausreichende Basis für die zukünftige Ausweitung des risikotragenden Geschäftes. Das Verhältnis der Eigenmittel gemäß Art. 437 CRR lag - bezogen auf den Gesamtforderungsbetrag per 31. Dezember 2016 - mit 22 % deutlich über dem gesetzlich vorgeschriebenen Mindestwert von 8 %.

Innerhalb der Bilanzstruktur ergaben sich zum Bilanzstichtag 2016 leichte Modifizierungen. Auf der Aktivseite der Bilanz stellen die Forderungen an Kunden mit 610,9 Mio. EUR bzw. 54,2 % (Vorjahr: 587,7 Mio. EUR bzw. 52,9 %) und die Eigenanlagen mit 423,3 Mio. EUR bzw. 37,5 % (Vorjahr: 451,4 Mio. EUR bzw. 40,7 %) die bedeutendsten Positionen dar. Auf der Passivseite beträgt der Anteil der Verbindlichkeiten gegenüber Kunden 927,3 Mio. EUR bzw. 82,3 % (Vorjahr: 918,9 Mio. EUR bzw. 82,8 %), der Anteil der Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten beträgt 59,9 Mio. EUR bzw. 5,3 % (Vorjahr: 58,5 Mio. EUR bzw. 5,3 %). Nachrangige Verbindlichkeiten bestanden zum Bilanzstichtag nicht.

B Nachtragsbericht

Vorgänge von besonderer Bedeutung für die Kreissparkasse Nordhausen ergaben sich nach dem Schluss des Geschäftsjahres bis zur Erstellung dieses Lageberichtes nicht.

C Risikobericht

1 Prinzipien im Umgang mit Risiken

Die kontrollierte Übernahme, aktive Steuerung und gezielte Transformation von Risiken sind Kernfunktionen der Sparkasse. In diesem Kontext hat das Risikomanagement und -controllingsystem zur Erwirtschaftung einer angemessenen Eigenkapitalrendite das vorrangige Ziel, Risiken des Sparkassenbetriebes qualifiziert und zeitnah zu identifizieren, permanent transparent und dadurch steuerbar zu machen. Die Steuerung der Risiken und des Kapitals erfolgt mithilfe einer Risikostrategie und eines daraus abgeleiteten Rahmenwerks von Grundsätzen, Organisationsstrukturen sowie Mess- und Überwachungsprozessen. In einem Risikohandbuch sind die Rahmengrundsätze zur Steuerung, Überwachung und Kontrolle der Geschäftsrisiken dargelegt.

Um Interessenkonflikte zu vermeiden und Entscheidungen möglichst objektiv treffen zu können, besteht eine funktionale und organisatorische Trennung von Marktfunktionen sowie den risikosteuernden und überwachenden Funktionen, die den Vorstand mit einschließt und den aufsichtsrechtlichen Anforderungen entspricht.

Unter dem Begriff „Risiko“ versteht die Sparkasse eine Verlust- oder Schadensgefahr, die dadurch entsteht, dass eine erwartete zukünftige Entwicklung ungünstiger verläuft als geplant oder sogar existenzbedrohend wird bzw. eine wirkungsgleiche unerwartete Entwicklung eintritt.

2 Risikomanagement und -controlling auf Gesamtbankebene

Der Risikomanagementprozess beinhaltet alle Aktivitäten der Sparkasse zum systematischen Umgang mit Risiken. Dazu zählen die Risikoerkennung, die Risikobewertung, die Risikomessung, das Risiko-reporting, die Steuerung der Risiken als Konsequenz von Bewertung, Messung und Reporting sowie die Risikokontrolle.

Das Risikomanagementsystem umfasst alle Geschäftsbereiche und gewährleistet eine integrierte Risikoüberwachung. Dadurch wird es der Sparkasse ermöglicht, kurzfristig auf Veränderungen der markt-mäßigen und organisatorischen Gegebenheiten zu reagieren. Die Verantwortung für die ordnungsgemäße Einrichtung, Organisation und Wirksamkeit des Risikomanagementsystems trägt der Gesamtvorstand. Er ist zugleich zuständig für die Formulierung der strategischen Ausrichtung der Sparkasse unter Risiko- und Ertragsgesichtspunkten. Innerhalb der Risikomanagementorganisation verabschiedet der Vorstand neben der geschäftspolitischen Zielsetzung die Höhe des maximalen Gesamtrisikolimits und die Aufteilung der Risikoarten nach Marktpreisrisiken, Adressen- und operationellen Risiken. Teilrisiken in den jeweiligen Risikoarten verfeinern die Sicht.

Die Risikoerkennung dient der Identifikation und Beschreibung der bestehenden Risiken.

Die Risikobewertung aller Risiken hat das Ziel, eine erste Einstufung der Wesentlichkeit vorzunehmen, um die Risiken für den Einbezug in das Risikotragfähigkeitskonzept zu identifizieren. Weiterhin erfolgt die Festlegung der im Rahmen des Risikomanagements zu betrachtenden Risiken. Bei der Bewertung der einzelnen Risiken werden ggf. vorhandene Ertrags- und Risikokonzentrationen berücksichtigt; Diversifikationseffekte werden bei der Aggregation der wesentlichen Risikoarten nicht unterstellt. Neben einer verbalen Beschreibung wird als Instrument der Risikobewertung die Wesentlichkeit herangezogen. Dazu wird die potentielle Schadenshöhe, welche sich am außergewöhnlichen Schadensausmaß und dessen Wirkung auf das nicht zur Erfüllung einer Eigenkapitalkennziffer nach CRR von derzeit 13,88 % ergibt, ermittelt. Unwesentliche Risiken und unerwartete Ergebnisbelastungen werden über Abzugspostitionen abgedeckt bzw. implizit über die wesentlichen Risiken abgebildet.

Bei der Risikomessung werden die konkreten Verlust- bzw. Vermögensminderungspotenziale ermittelt und mit den festgelegten Schwellenwerten bzw. Limiten abgeglichen. Die Ergebnisse sind in den regelmäßig erstellten Reports dokumentiert. Einzelrisiken von erhöhter Bedeutung werden, insbesondere auch bei Überschreitung der festgelegten Schwellenwerte bzw. Limite, dem Gesamtvorstand ad hoc zur Kenntnis gegeben.

Unter Risikosteuerung verstehen wir die Ermittlung der Risikoursachen, die Auswahl und Anwendung der Instrumente zur Risikobewältigung sowie die Durchführung von Maßnahmen, die die Risikovermeidung, -verminderung, -kompensation oder -akzeptanz aktiv beeinflussen.

Das Risikocontrolling quantifiziert und überwacht die Risiken. Als wesentliche Aufgabe darin sehen wir auch die Entwicklung eines einheitlichen und geschlossenen Risikosystems. Zu den Funktionen des Risikocontrollings gehören neben der Überwachung der vom Vorstand genehmigten Limite das Reporting der Risikokennziffern an den Vorstand und die zuständigen Geschäftsbereiche sowie die laufende Weiterentwicklung der entsprechenden Methoden und Prozesse nach betriebswirtschaftlichen und aufsichtsrechtlichen Kriterien. Für die konzeptionelle Weiterentwicklung der Risikosysteme nutzt die Sparkasse die Synergieeffekte des Sparkassenverbundes. Die Funktionstrennung zwischen Steuerung und Überwachung ist bis zur Vorstandsebene und auch für den Vertretungsfall gewährleistet. Eng verbunden mit dem Risikocontrolling ist die Risikocontrolling-Funktion nach den Mindestanforderungen an das Risikomanagement (MaRisk), die für die unabhängige Überwachung und Kommunikation der Risiken verantwortlich ist. Sie ist dem Überwachungsvorstand zugeordnet.

Die einzelnen Risikoarten sind in ein institutsübergreifendes Unternehmenssicherungskonzept (USI) bzw. in das Risikohandbuch integriert, ergänzende Informationen in Organisationshandbüchern doku-

mentiert. Je nach Geschäftsfeld und Risikoart kommen verschiedene Methoden zum Einsatz. Die einzelnen Risikofaktoren werden dabei im Hinblick auf ihre möglichen Auswirkungen auf die Gewinn- und Verlustrechnung beurteilt. Bei einzelnen Risikoarten erfolgt eine Betrachtung mittels „Value-at-Risk“-Ansatz. Damit wird ein Betrag für mögliche barwertige Verluste angegeben, der innerhalb eines bestimmten Zeithorizontes mit der festgelegten Sicherheitswahrscheinlichkeit (Konfidenzniveau) nicht überschritten wird.

Die Betrachtung der wesentlichen Risiken erfolgt über ein Stresstestprogramm.

3 Risikotragfähigkeit und Integration in die Gesamtrisikosteuerung

Das Risikotragfähigkeitssystem ist wesentlicher Bestandteil der Gesamtrisikosteuerung der Sparkasse; auf dieser Basis hat die Sparkasse die strategische Ausrichtung der Geschäftstätigkeit in der Geschäftsstrategie inklusive der Eigenhandels-, Beteiligungs-, Vertriebs- und Kostenstrategie festgelegt und daraus eine Risikostrategie sowie eine IT-Strategie abgeleitet. Die Risikostrategie enthält Aussagen zur allgemeinen Strategie, zu Marktpreis-, Adressen- und Liquiditätsrisiken sowie zu operationellen Risiken. Die Risikostrategie wird ergänzt um die Teilrisikostrategie Kreditrisikostrategie.

Abgeleitet aus der Geschäfts- und Risikostrategie verfolgt die Sparkasse einen gewinn- und verlustorientierten Going-Concern-Ansatz. Dieser beinhaltet unter Einhaltung der bankaufsichtlichen Mindestkapitalanforderungen eine Fortführung der Geschäftstätigkeit auch nach kompletter Aufzehrung des verwendbaren Risikodeckungspotenzials durch schlagend werdende Risiken. In regelmäßigen Abständen wird das Risikodeckungspotenzial der Sparkasse ermittelt bzw. überprüft, dass zur Abdeckung von möglichen Verlusten herangezogen werden kann. Es gibt Aufschluss darüber, in welcher Höhe maximal Risiken im Rahmen unserer Geschäftspolitik eingegangen werden können. Durch Vergleich der eingegangenen Risiken mit dem festgelegten Risikodeckungspotenzial wird die übergreifende Risikotragfähigkeit der Sparkasse sichergestellt. Die Risikotragfähigkeitsanalyse steht im Einklang mit einer überlegten Geschäftspolitik und dient dem Schutz unserer Gläubiger und der Stärkung des Eigenkapitals.

Für alle wesentlichen Risikoarten wird, unter Berücksichtigung von Risiko- und Ertragskonzentrationen, über das Risikotragfähigkeitskonzept sichergestellt, dass die Sparkasse diese Risiken tragen kann. Unwesentliche Risiken und unerwartete Ergebnisbelastungen werden implizit über die wesentlichen Risiken abgebildet bzw. über Abzugspositionen berücksichtigt. Der berücksichtigte Betrag orientiert sich aus Vorsichtsgründen am außergewöhnlichen Schadensausmaß. Die Quantifizierung des Risikodeckungspotenzials erfolgt periodenorientiert. Die Risikotragfähigkeit in der periodischen Sichtweise wird auf Basis von Szenarien ermittelt und vierteljährlich überprüft. Aus der szenariobasierten Risikobetrachtung heraus (Stresstestprogramm) ergibt sich die Vierstufigkeit „Erwartungswert“, „Risikofall“ und „außergewöhnliche, aber plausibel mögliche Ereignisse (aE-Stresstest)“ mit dem Pflichtszenario „Schwerer konjunktureller Abschwung“ sowie dem „Inversen Stresstest“.

Als Komponenten des Risikodeckungspotenzials im Risikofall stehen der Sparkasse das geplante Betriebsergebnis vor Bewertung des aktuellen Jahres - ohne Berücksichtigung der Nettoergebnisse aus Finanzgeschäften - und realisierte Gewinne des Eigenhandelsbestandes sowie das harte Kernkapital gemäß Artikel 50 CRR, die Vorsorgereserven nach § 340f HGB als allgemeine Kreditrisikoanpassungen gemäß Artikel 62 c) CRR und ggf. weitere eigenkapitalähnliche Reserven zur Verfügung. Abgezogen hiervon werden das erwartete adressenbasierte Bewertungsergebnis aus dem Kundengeschäft, aus dem Eigengeschäft und aus Beteiligungen und sonstigen Vermögensgegenständen sowie die erwarteten Abschreibungen aus Wertpapieren und operationellen Risiken, Planungsunsicherheiten und sonstige unerwartete, nicht messbare und unwesentliche Risiken als auch Belastungen aus dem Institutssicherungssystem. Von diesem gesamten Risikodeckungspotenzial werden Abzugspositionen vom harten Kernkapital und dem Ergänzungskapital und benötigte Eigenmittel für die Erfüllung der aufsichtlichen Anforderungen von 13,88 % in Abzug gebracht. Zum Nachweis der Tragfähigkeit auch künftiger Risiken bzw. zur Gegenüberstellung zusätzlicher freier Potentiale für die ae-Stresstests wird nicht das gesamte

mögliche Risikodeckungspotenzial als Globallimit angesetzt. Die dem Globallimit gegenüberzustellenden Risikowerte ergeben sich grundsätzlich aus der Abweichung der Szenarioergebnisse von den Erwartungswerten.

Nach Risikobedeutung und unter Berücksichtigung der gesteckten Unternehmensziele erfolgt die Aufteilung des Globallimits auf die einzelnen Risikobereiche. Ausgehend von den Planwerten zum Jahresanfang 2016 wurde ein Gesamtlimit von 46 Mio. EUR verteilt. Die Berechnung der unerwarteten Risiken mit Betrachtungszeitraum bis zum Jahresende 2016 führte zu den einzelnen Reportingstichtagen zu einer Auslastung des Gesamtlimits zwischen 34,6 % und 88,9 %. Die Risikosituation stellte sich im Berichtszeitraum jederzeit als tragbar dar. Zum Bilanzstichtag 2016 wurde das Gesamtlimit für unerwartete Risiken auf Sicht zum Jahresultimo 2017 von 46 Mio. EUR beibehalten und eine Auslastung von 77,0 % ermittelt.

Im Rahmen der aE-Stresstests wird untersucht, wie sich wesentliche Risiken der Sparkasse unter Annahme von Stressszenarien darstellen. Um die Wirkung von aE-Stresstests zu verdeutlichen, wird eine Gegenüberstellung zum Risikodeckungspotenzial durchgeführt. Die Stressszenarien werden aus Erfahrungen der Vergangenheit abgeleitet („Historisches Szenario“) oder im Kontext des geschäftlichen Umfelds der Sparkasse als hypothetische Szenarien entwickelt („Boom“ und „Schwerer konjunktureller Abschwung“). Beim aE-Stresstest „Historisches Szenario“ berücksichtigt die Sparkasse die mit einem Risikoaufschlag versehenen relativ größten historischen negativen Ergebnisse der einzelnen Risikoarten. Das Szenario „Boom“ beinhaltet einen deutlichen Zinsanstieg und den daraus resultierenden Anstieg der Marktpreis- und Adressenrisiken im Kunden- und Eigengeschäft. Ein schwerer konjunktureller Abschwung könnte neben den Nachschuss- bzw. Wiederauffüllungspflichten der Stützungsfonds zu einer hohen Belastung aus schlagend werdenden Marktpreis- und Adressenrisiken im Kunden- und Eigengeschäft führen. Der aE-Stresstest „Schwerer konjunktureller Abschwung“ führte zum Ermittlungstichtag 31. Dezember 2016 mit einem Risikowert von 53,4 Mio. EUR zur höchsten Risikoausprägung. Selbst bei Eintritt dieses Ergebnisses wäre die Unternehmensfortführung (Going-Concern-Ansatz) nicht gefährdet.

Der eigenständige Inverse Stresstest stellt eine Ergänzung zu den sonstigen Stresstests dar. Ziel des inversen Stresstests ist die Untersuchung, welche Ereignisse oder Szenarien mit Bezug zum Geschäftsmodell die Sparkasse in ihrer Überlebensfähigkeit gefährden könnten und Transparenz über maßgebliche Risikotreiber zu erhalten, die die Geschäftsaktivitäten besonders stark beeinflussen können. Somit wird kritisch reflektiert, wie stark sich ein oder mehrere Risikoparameter noch verändern müssen, um die kritische Schwelle zu erreichen.

Die Aggregation der Einzelrisiken zum Gesamtrisiko erfolgt jeweils additiv. Korrelationen über die einzelnen Risikoarten hinweg bleiben somit unberücksichtigt. Üblicherweise reduziert der Diversifikationseffekt zwischen den Risikoarten das Gesamtrisiko.

Die Ermittlung des Risikodeckungspotenzials sowie die Risikotragfähigkeitsanalyse werden regelmäßig durchgeführt und dem Vorstand sowie dem Verwaltungsrat berichtet.

Das Risikotragfähigkeitskonzept wird zudem um einen zukunftsgerichteten Kapitalplanungsprozess ergänzt. Damit soll ein möglicher Kapitalbedarf im Sinne des Risikodeckungspotenzials frühzeitig identifiziert werden, der sich über den Risikobetrachtungshorizont hinaus zur Deckung künftiger Risiken ergeben könnte.

Die auf Basis der internen Risikotragfähigkeitskonzeption festgelegten Risikodeckungspotenziale als Grundlage des Limitsystems waren jederzeit ausreichend, um die eingegangenen Risiken vollständig abzudecken. Für die aus der Strategie und der Unternehmensplanung abgeleiteten zukünftigen Aktivitäten schätzen wir ein, dass dies auch in Zukunft der Fall sein wird.

Die wertorientierte Risikobetrachtung führt die Sparkasse derzeit insbesondere im Bereich der Zinsbuchsteuerung und im Bereich der Adressenrisiken durch. Sie dient im Wesentlichen zur Entscheidungsfindung in der Risikobewertung.

Die Angemessenheit der Methoden und Verfahren zur Beurteilung der Risikotragfähigkeit, insbesondere zum implementierten periodenorientierten Going-concern-Ansatz, zu den Methoden und Verfahren zur Ermittlung des Risikodeckungspotentials, der Risikoquantifizierung und der zukunftsgerichteten Kapitalplanung, unterliegen einem mindestens jährlich durchgeführten Überprüfungsprozess.

4 Interne Revision

Die Interne Revision hat als prozessunabhängige Stelle die Aufgabe, den Vorstand und die weiteren Führungsebenen in ihrer Überwachungsfunktion zu unterstützen. Grundlage dafür ist der unter risikoorientierten Gesichtspunkten aufgestellte und vom Vorstand genehmigte Prüfungsplan. Auf dieser Basis prüft und bewertet die Interne Revision alle Aktivitäten und Prozesse.

5 Risikoarten

Die Sparkasse unterscheidet folgende wesentliche Risikoarten: Marktpreis-, Adressen-, Liquiditäts- und operationelle Risiken.

5.1 Marktpreisrisiken

Unter dem Marktpreisrisiko versteht die Sparkasse das Risiko eines wirtschaftlichen Verlustes aus Positionen im eigenen Bestand aus zukünftigen Marktpreisschwankungen. Sie beinhalten neben den Zinsrisiken (inklusive Spreadrisiken und implizite Optionen im Kundengeschäft) die Währungs-, die Aktienkurs-, die Immobilien- und die Optionsrisiken sowie die Risiken aus Spezial-, Publikums- und offenen Immobilienfonds.

Die Risikosteuerung - und die damit einhergehenden Dispositionsmaßnahmen im Rahmen der vom Vorstand festgelegten Limite - erfolgt durch den Bereich Handel. Die Risikoüberwachung erfolgt durch die „Betriebswirtschaftliche Abteilung“ mit der Gruppe Rechnungswesen und dem Bereich Risikocontrolling, welche die methodische Entwicklung, Qualitätssicherung und Überwachung der Verfahren zur Quantifizierung der Marktpreisrisiken verantwortet. Zur Messung und Überwachung werden alle zum Bewertungstag bestehenden risikorelevanten Einzelpositionen der Sparkasse herangezogen. Die Höhe der maximal zulässigen Wertänderungen ist im Rahmen eines Limitsystems begrenzt.

Die Sparkasse bewertet das Marktpreisrisiko sowohl mittels GuV-orientierten als auch wertorientierten Verfahren. Die bedeutendsten Marktpreisrisiken liegen im Zinsänderungsrisiko, das sich in der GuV-orientierten Betrachtung aus Zinsspannenrisiko und dem zinsinduzierten Abschreibungsrisiko zusammensetzt, und im Fondsrisiko.

Das Zinsspannenrisiko wird als negative Abweichung des Zinsüberschusses (Zinsergebnisses) von einem erwarteten Wert verstanden. Dieses Risiko resultiert insbesondere aus unterschiedlichen Volumina und unterschiedlichen Fälligkeiten der festverzinslichen bzw. unterschiedlichen Zinsanpassungen der variabel verzinslichen Aktiv- und Passivpositionen. Steigende Zinsen führen im Rahmen der Fristentransformation bei einem Aktivüberhang zu höheren Refinanzierungskosten und damit zur Verminderung der Zinsspanne. Sinkende Zinsen führen bei einem Passivüberhang zu geringeren Erträgen und somit zur Verminderung der Zinsspanne.

Die Bestimmung des Zinsspannenrisikos erfolgt in zwei Schritten: Zum einen durch die Ermittlung der Zinsstruktur und zum anderen durch die Ermittlung der Geschäftsstruktur für den Risikofall. Ausgangswert zur Bestimmung der Zinsspannenrisiken ist die geplante bzw. erwartete Zinsspanne. Ausgehend von der geplanten Geschäftsstruktur der Sparkasse werden die Auswirkungen auf die Zins-

spanne simuliert, die durch die Veränderung der Zinsstruktur eintreten können. Aus der Gesamtheit der betrachteten Zinsszenarien wird jene Zinsstruktur ermittelt, die den größten Risikowert aus der gemeinsamen Betrachtung von Zinsspannenrisiko und Abschreibungsrisiko der Zinsprodukte ergibt. Nunmehr wird geprüft, ob anhand dieser ermittelten Zinsstruktur die Annahmen der Geschäftsstrukturplanung aufrechterhalten werden können. Eine abweichende Sichtweise ergibt die risikorelevante Geschäftsstruktur. Berücksichtigung findet dabei die Ausübung von impliziten Optionen im Kundengeschäft.

Das GuV-orientierte Abschreibungsrisiko gibt die Verluste an, die durch Marktpreisschwankungen von Wertpapieren entstehen können und ist für das gesamte Eigenhandelsgeschäft dargestellt. Das Risiko bezeichnet die Gefahr eines Verlustes einer Position, die ausschließlich auf eine Veränderung der Marktpreise zurückzuführen ist und setzt sich somit aus zins- und kursindizierten Abschreibungsrisiken zusammen.

Als weitere Marktpreisrisikoausprägung werden die Spreadrisiken als Gefahr eines Verlustes einer Zinsposition, die auf eine Veränderung der Credit-Spreads bei unverändertem Rating sowie bei Migrationen in schlechtere Ratingklassen zurückzuführen sind, im Rahmen der szenariobasierten Risikobetrachtung (Stresstestprogramm) bei den Abschreibungssimulationen berücksichtigt.

Für das zins-, kurs- und spreadinduzierte Abschreibungsrisiko bzw. das Zinsspannenrisiko wurden zum Jahresbeginn 2016 Limite von 34,9 Mio. EUR bzw. 0,7 Mio. EUR verteilt. Die Auslastung zu den Reportingtichtagen bewegte sich zwischen 25,9 % und 89,6 % bzw. 39,8 % und 62,9 %. Im Berichtsjahr betrug die marktpreisinduzierten Abschreibungen und realisierten Verluste 1,5 Mio. EUR; das Zinsspannenrisiko zum 31. Dezember 2016 trat in der erwarteten Höhe ein. Zum Bilanzstichtag 2016 mit Sicht auf das Jahresende 2017 wurden das marktpreisinduzierte Abschreibungs- und das Zinsspannenrisiko als Position „Marktpreisrisiken“ zusammengefasst. Das zugeordnete Limit in Höhe von 35,6 Mio. EUR reicht mit einer Auslastung von 74,3 % aus, um die vorhandenen Risiken abzudecken.

Neben der Limitierung der Risikopositionen sind zur effektiven Verlustbegrenzung Warnlimite auf Portfolioebene eingerichtet. Um auch Risiken extremer Marktentwicklungen abschätzen zu können, werden neben Erwartungswert und Risikofall regelmäßig Stresstests und ein inverser Stresstest zur Analyse der Zinsrisikopositionen durchgeführt.

Zur Steuerung des Gesamtbank-Cashflows und somit zur Risikosteuerung des zinstragenden Geschäfts nutzte die Sparkasse im Jahresverlauf Sicherungsgeschäfte in Form von Zinsswaps, die zum Jahresende zurückgeführt wurden. Eine Übersicht der derivativen Finanzinstrumente befindet sich im Anhang zum Jahresabschluss.

Unsere Value-at-Risk-Verfahren sind darauf ausgerichtet, eine einheitliche zukunftsorientierte Analyse und Steuerung des Marktpreisrisikos zu unterstützen.

Die Risikomessung im Eigenhandelsbereich erfolgt für alle Positionen, die in den Value-at-Risk einfließen, anhand einer taggenauen historischen Vollsimulation. Auf dieser Basis wird der Abschreibungsbedarf der Einzelpositionen im Bereich des gesamten Eigenbestandes bei einer Haltedauer von 10 Tagen und einem Konfidenzniveau von 95 % ermittelt. Zur Überprüfung der Güte der Value-at-Risk-Prognose führt die Sparkasse regelmäßig interne Backtesting durch.

Zusätzlich zu den genannten Value-at-Risk-Ansätzen ermittelt die Sparkasse das Zinsänderungsrisiko des Gesamtzinsbuches bei unterstellter sofortiger Zinsänderung um +200 Basispunkte bzw. -200 Basispunkte. Per 31. Dezember 2016 ergab sich aus der wertorientierten Betrachtungsweise eine Veränderung des Zinsbuchwertes um -19,8 Mio. EUR (-16,1 % der Eigenmittel) bzw. +5,0 Mio. EUR (+4,1 % der Eigenmittel).

Das Reporting des Zinsänderungsrisikos erfolgt vierteljährlich im Rahmen des Gesamtrisikoberichtes an den Vorstand. Des Weiteren erfolgen Wochen- und Monatsreports, der monatliche wertorientierte

Treasuryreport und der vierteljährliche Mindestreport. Die Risikosituation stellte sich im Berichtszeitraum jederzeit als tragbar dar.

5.2 Adressenrisiken

Bei den Adressenrisiken unterscheidet die Sparkasse das Adressenrisiko im Kundengeschäft - unterteilt nach GuV-orientiertem Ausfallrisiko und wertorientiertem Bonitätsänderungsrisiko - und im Eigengeschäft - unterteilt in Kontrahenten- und Emittentenrisiko - , das Länderrisiko und das Beteiligungsrisiko.

5.2.1 Adressenrisiko im Kundengeschäft

Das Adressenrisiko besteht in der Gefahr negativer Bonitätsveränderungen und daraus resultierender Wertverluste infolge von Änderungen in der Kreditwürdigkeit (Bonität) des Kreditnehmers. Adressenrisiken beinhalten somit die Gefahr eines teilweisen oder vollständigen Ausfalls vertraglich zugesagter Leistungen durch die Geschäftspartner. Es umfasst Bonitätsverschlechterungen (im Folgenden Bonitätsänderungsrisiko genannt) bis hin zum völligen Ausfall (im Folgenden Ausfallrisiko genannt) des Kreditnehmers. Zur Begrenzung dieser Risiken setzt die Sparkasse die Anforderungen an das Kreditgeschäft im Rahmen der geltenden Mindestanforderungen an das Risikomanagement (MaRisk) um.

Als ein Steuerungsinstrument wurde durch den Vorstand der Sparkasse eine Kreditrisikostategie verabschiedet, im Rahmen derer die Adressenrisiken quantifiziert und überwacht werden. Daneben gelten risikoorientierte Kreditkonditionen und Kompetenzordnungen sowie verschiedene Limitierungen. Die wichtigsten Überwachungsinstrumente sind die Verfahren zur Früherkennung von Risiken und der Kreditrisikobericht. Die Risikosteuerung und Risikoüberwachung der Adressenrisiken erfolgt sowohl einzelgeschäftsbezogen als auch auf Portfolioebene. Hierzu hat die Sparkasse Kreditnehmerlimite bzw. Gruppen verbundener Kunden festgelegt und überwacht das Kreditportfolio nach Ratingklassen, Größenklassen und Branchenrisiken.

Ein wichtiges Element des Kreditgenehmigungsprozesses ist eine detaillierte Risikobeurteilung jedes Kreditengagements. Bei der Beurteilung des Risikos berücksichtigen wir die Bonität des Geschäftspartners sowie die für das Kreditengagement relevanten Risiken. Die daraus resultierende Risikoeinstufung wirkt sich nicht nur auf die Strukturierung der Transaktion und die Kreditentscheidung aus, sondern bestimmt auch die Kompetenzstufe für die Kreditentscheidung und legt den Überwachungsumfang für das jeweilige Engagement fest.

Die Struktur des Kundenkreditgeschäftes nach Ratingstufen stellte sich zum 31. Dezember 2016 wie folgt dar:

Ratingnote	Ratingklasse	2016		2015		Veränderung in %	
		in % vom		in % vom		Obligo	Blanko
		Obligo	Blanko	Obligo	Blanko		
	nicht geratet	0,0	0,1	0,1	0,1	-100	0
1 - 8	ohne erkennbare Risiken	88,3	90,1	87,1	88,7	1,4	1,6
9 - 10	latente Risiken	4,4	4,5	5,8	5,8	-24,1	-22,4
11 - 15	hohe Risiken	5,1	3,3	3,8	3,1	34,2	6,5
ab 16	wertberichtigt	2,2	2,0	3,2	2,3	-31,3	-13,0

Als Ansatzmethode zur Ermittlung der regulatorischen Adressenrisiken wird der Kreditrisikostandardansatz (KSA) nach CRR verwendet.

Der Kreditrisikobericht mit seinen Modulen A – F stellt das Kreditportfolio der Sparkasse gemäß der Definition des § 19 Abs. 1 KWG dar. Ziel des Risikoberichts ist die umfangreiche Darstellung des Kreditportfolios hinsichtlich der enthaltenen Adressenrisiken. Die Kriterien zur Darstellung des Portfolios entsprechen den Anforderungen an das Kreditgeschäft im Rahmen der Mindestanforderungen an das Risikomanagement (MaRisk). Der Bericht enthält eine umfangreiche Analyse der Limite und Auslastungen sowie eine Darstellung von Kunden- und Produktstrukturen sowie der Entwicklung des Neugeschäfts. Zur Früherkennung von Kreditrisiken wird ein System eingesetzt, das hinsichtlich definierter Frühwarnindikatoren auffällig gewordene Kreditnehmer identifiziert und die nachfolgende Bearbeitung mit der erforderlichen Betreuungsintensität (Intensivbetreuung, Sanierung oder Abwicklung) unterstützt. Sofern im Rahmen der Früherkennung akute Ausfallrisiken erkennbar werden, erfolgt die Ermittlung und laufende Fortschreibung des potentiellen Risikovorsorgebedarfs. Alle erkennbaren Adressenrisiken werden durch die Bildung von Einzelwertberichtigungen und Rückstellungen im Jahresabschluss ausreichend abgeschirmt. In Anlehnung an die steuerlich zulässigen Möglichkeiten werden zudem auch Pauschalwertberichtigungen gebildet.

Der ursprüngliche Planwert für das Adressenrisiko aus dem Kundengeschäft beinhaltete eine Neubildung von 1,0 Mio. EUR. Im Ergebnis konnte im Geschäftsjahr 2016 eine Nettoauflösung der Risikovorsorgeaufwendungen im Kreditgeschäft in Höhe von 0,7 Mio. EUR erfolgen.

Das zum Jahresbeginn 2016 zugeordnete Limit für das unerwartete Adressenrisiko im Kundengeschäft betrug 6,1 Mio. EUR und wurde zum ersten Quartal auf 5,1 Mio. EUR reduziert; die Auslastung mit Sicht auf den 31. Dezember 2016 bewegte sich zwischen 46,2 % und 81,9 %. Im Berichtsjahr sind keine unerwarteten Risiken schlagend geworden. Das zum Bilanzstichtag 2016 auf Sicht zum Jahresende 2017 zugeordnete Limit in Höhe von 4,9 Mio. EUR reicht mit einer Auslastung von 91,7 % aus, um die vorhandenen Risiken abzudecken.

Sämtliche Brancheninanspruchnahmen lagen im Laufe des Geschäftsjahres innerhalb der definierten Branchenlimite.

Es erfolgen regelmäßig Untersuchungen des Kreditportfolios auf Risikokonzentrationen. Diese bestehen zum Jahresende 2016 in einzelnen Engagements, welche in Verbindung mit kommunalen Kreditengagements den festgelegten Schwellenwert „Anteil eines Kunden übersteigt 2 % des gesamten Kundenkreditportfolios“ übersteigen, und auf Portfolioebene bezüglich des Anteils von Grundpfandrechten am Sicherheitenportfolio, welcher mit 88,2 % den Schwellenwert von 30 % übersteigt. Derzeit halten wir keine Maßnahmen hinsichtlich dieser Risikokonzentrationen für erforderlich.

Zur Steuerung der Risiken aus Größenklassenkonzentrationen setzt die Sparkasse auch derivative Finanzinstrumente in Form von Credit Default Swaps ein und tritt dabei als Sicherungsnehmer und als Sicherungsgeber auf. Eine Übersicht der derivativen Finanzinstrumente per Jahresende befindet sich im Anhang zum Jahresabschluss.

Das Bonitätsänderungsrisiko bezeichnet die Gefahr, dass sich im Zeitablauf die Bonitätseinstufung des Kreditnehmers innerhalb der lebenden Risikoklassen ändert. Dies führt zu entsprechenden Wertverlusten. Das Bonitätsänderungsrisiko wird nur in der wertorientierten Risikobetrachtung schlagend.

5.2.2 Adressenrisiko im Eigengeschäft

Das Kontrahentenrisiko besteht darin, dass schwebende Kassa- und/oder derivative Geschäfte nicht zum vereinbarten Kurs abgewickelt werden können bzw. der Kontrahent seinen Verpflichtungen aus Lieferung und Zahlung nicht nachkommt. Bei Kassageschäften wird von einem geringen Risiko ausgegangen. Hingegen können bei derivativen Geschäften (z. B. Swaps) erhebliche Ansprüche gegenüber den Kontrahenten entstehen, die bei einer hohen angenommenen Ausfallwahrscheinlichkeit zu einer wesentlichen

Risikoposition führen können. Im Rahmen des Kontrahentenrisikos werden das Wiedereindeckungsrisiko und das Vorleistungsrisiko betrachtet.

Das Emittentenrisiko bezeichnet das Risiko, dass durch den vollständigen oder teilweisen Ausfall (Ausfallrisiko) bzw. durch Verschlechterung der Bonität innerhalb der lebenden Ratingklassen (Bonitätsänderungsrisiko) des Emittenten ein Wertverlust in einem Finanzgeschäft eintritt.

Für Adressenrisiken aus den Eigenanlagen haben wir in Abhängigkeit vom Rating volumenbezogene Einzellimite und interne Kontingente für Emittenten- und Kontrahentenrisiken bzw. Emittentengruppen festgelegt. Hierzu werden nur Geschäfte mit bonitätsmäßig guten Emittenten und Kontrahenten zugelassen. Die Sparkasse investiert die anzulegenden Mittel – zum Zeitpunkt der Anschaffung – im Investmentgradebereich und zur Beimischung auch im Non-Investment bzw. ungerateten Bereich. Die Regelungen der Überprüfung des Adressenrisikos im Rahmen des Erstvotums basieren neben der Beurteilung der risikobehafteten Emittenten auf der Anwendung von Ratings anerkannter Ratingagenturen. Der Beschluss zur Einräumung eines Emittentenlimits ist mit zwei Voten zu versehen und dem Vorstand zur Bewilligung vorzulegen. Im Rahmen der Risikofrüherkennung informiert der Bereich Abwicklung und Kontrolle den Bereich Handel und den Überwachungsvorstand über Ratingverschlechterungen. Von den direkten Eigenanlagen in Schuldverschreibungen und Publikumsfonds mit Anlageschwerpunkt Renten verfügen zum Bilanzstichtag 2016 97,4 % über ein DSGV-Rating im Investment Grade. Bei der Ausfallbetrachtung im Risikofall werden der Emittent bzw. die Emittenten mit dem/den schlechtesten Ratings herangezogen. Bei der Auswahl der/des ausgefallenen Emittenten wird auf eine adäquate Größenordnung im Verhältnis zum Volumen bzw. zur Struktur des Depot-A geachtet. Neben der wöchentlichen Berichterstattung an den Vorstand über die Einhaltung der Volumenlimite erfolgen ein umfassendes Reporting und eine weitreichende Simulation von Szenarien.

Das zum Jahresbeginn 2016 zugeordnete Limit für das Adressenrisiko im Eigengeschäft betrug 1,0 Mio. EUR und wurde zum ersten Quartal auf 2,0 Mio. EUR erhöht; die Auslastung mit Sicht auf den 31. Dezember 2016 bewegte sich zwischen 84,2 % und - aufgrund einer Verfahrensumstellung im ersten Quartal - 189,2 %. Im Berichtsjahr sind keine erwarteten und unerwarteten Risiken schlagend geworden. Das zum Bilanzstichtag 2016 auf Sicht zum Jahresende 2017 zugeordnete Limit in Höhe von 2 Mio. EUR weist eine Auslastung von 92,2 % aus.

5.2.3 Adressenrisiko Beteiligungen / sonstige Vermögensgegenstände

Das Beteiligungsrisiko wird als die Gefahr verstanden, dass aus der Beteiligung an Tochterunternehmen und Dritten Verluste entstehen. Die Sparkasse unterscheidet hierbei zwischen strategischen Beteiligungen, funktionsbedingten Beteiligungen und Kapitalbeteiligungen.

Die Beteiligungen werden entweder direkt durch die Sparkasse gehalten oder im Rahmen von direkten und indirekten Treuhand- bzw. Verwaltungsmodellen durch den Sparkassen- und Giroverband Hessen-Thüringen (SGVHT) betreut.

Im Rahmen der Gesellschafterstellung und/oder der Tätigkeit in den Organen der Gesellschaften stellen der SGVHT, der Treuhänder und die Sparkasse sicher, dass eine frühzeitige Bereitstellung von Informationen über entstehende Risiken und zur Risikoerkennung sowie -bewertung erfolgt, auf deren Basis die Sparkasse direkt Steuerungsmaßnahmen einleiten kann. Der Risikomanagementprozess erfolgt auf Basis der Berichterstattung und ggf. einer Risikobeurteilung durch den Treuhänder oder den SGVHT.

Das zugeordnete Limit für das Adressenrisiko Beteiligungen betrug zum Jahresbeginn 0,7 Mio. EUR; die Auslastung bewegte sich zwischen 48,6 % und 83,7 %. Das zum Bilanzstichtag 2016 mit Sicht auf das Jahresende 2017 zugeordnete Limit in Höhe von 0,9 Mio. EUR reicht mit einer Auslastung von 81,6 % aus, um die vorhandenen Risiken abzudecken.

Zum Jahresende 2016 bestehen nach den regelmäßigen Untersuchungen des Beteiligungsportfolios Risikokonzentrationen hinsichtlich der Beteiligung am Sparkassen- und Giroverband Hessen-Thüringen und unserer Tochtergesellschaft IBV Immobilien Beteiligungs- und Verwaltungsgesellschaft der Kreissparkasse Nordhausen GmbH & Co. KG, welche den Schwellenwert von 30 % einer Beteiligung am Beteiligungsportfolio überschreiten. Diese Beteiligungen sind in dieser Höhe bewusst eingegangen worden und beinhalten keine erhöhten Risiken.

5.3 Liquiditätsrisiken

Die Liquiditätsrisiken im Sinne der MaRisk unterteilen sich in das Zahlungsfähigkeitsrisiko (Liquiditätsrisiko i.e.S.), in das Refinanzierungsrisiko und in das Marktliquiditätsrisiko. Für die Sparkasse bleibt aufgrund ihres Geschäftsmodells und ihrer Refinanzierungsstruktur das Zahlungsfähigkeitsrisiko im Vordergrund der Betrachtung. Das Liquiditätsrisiko im engeren Sinne bezeichnet die aktuelle oder zukünftige Gefahr, dass das Institut zahlungsunfähig (illiquide) wird, also seinen Zahlungsverpflichtungen nicht mehr nachkommen kann.

Ziel des Liquiditätsmanagements ist die Verhinderung möglicher Liquiditätsengpässe. Es berücksichtigt die quantitativen Anforderungen der Liquiditätsverordnung und die Zahlungsfähigkeit auf Basis der Liquiditäts-Cash-Flows, die jeweils um weitere qualitative Anforderungen ergänzt werden.

Die Sparkasse betrachtet die Liquiditätsrisiken nach § 11 KWG (LiqV). Im Rahmen des Liquiditätsmanagements erfolgen die Erstellung einer täglichen Liquiditätsübersicht sowie die laufende Messung auf Basis der Kennzahlen gemäß der Liquiditätsverordnung durch die Gruppe Rechnungswesen innerhalb der Betriebswirtschaftlichen Abteilung. Auf Basis dieser Instrumente wird die Liquiditätsdisposition vorgenommen. Monatlich wird eine Fälligkeitsliste erstellt, die der Liquiditätsplanung dient. Es ist Vorsorge getroffen, unplanmäßige Liquiditätsabflüsse zu decken. Die hierzu erstellte Liquiditätsliste ermöglicht eine schnelle und effiziente Steuerung. Zur Überwachung und Früherkennung von Engpässen wurde ein System von Schwellenwerten beschlossen. Über vierteljährlich durchgeführte cashflowbasierte Szenarioanalysen, welche Indikatoren für mögliche Liquiditätsengpässe liefern, sind die Liquiditätsrisiken in das Stresstestprogramm der Sparkasse einbezogen.

Bei der Durchführung der Stresstests für Liquiditätsrisiken berücksichtigt die Sparkasse neben der Beurteilung der Zahlungsfähigkeit auch die Auswirkungen auf die Risikotragfähigkeit.

Die bankenaufsichtsrechtliche Liquiditätskennziffer nach LiqV lag zum Jahresende mit 5,0 um ein Vielfaches über dem Mindestwert von 1. Auch die darüber hinaus für weitere Beobachtungszeiträume zu berechnenden Kennzahlen, für die keine Mindestwerte vorgegeben sind, deuten nicht auf zu erwartende Liquiditätsengpässe hin. Die Kennzahl LCR nach der „Delegierte Verordnung“ (DelVO) wird mit 1,74 erfüllt.

Die Sparkasse erstellt eine cashflowbasierte Liquiditätsbedarfsübersicht bei der grundsätzlich alle Geschäftsvorfälle, die zukünftig eine Liquiditätswirkung entfalten, einfließen. Der Erwartungswert der Sparkasse wird mit der Liquiditätsbedarfsübersicht gemäß der Planungssicht erstellt. Die weiteren Stresstests (Risikoszenario, aE-Stresstests, inverser Stresstest) werden unter dem Begriff der Zahlungsfähigkeitssicht zusammengefasst. Der Fokus der Zahlungsfähigkeitssicht liegt auf der Bestimmung der Survival Period (Überlebensperiode). Die Survival Period ist die Zeitspanne in Monaten, in der positive Liquiditätsüberhänge in der Sparkasse vorliegen. Die Ergebnisse lagen in allen Szenarien weit über der als Engpass definierten Survival Period von 3 Monaten.

Daneben hat die Sparkasse ein einfaches Verrechnungssystem zur verursachungsgerechten internen Verrechnung der jeweiligen Liquiditätskosten, -nutzen und -risiken eingerichtet.

Die Reporterstellungen erfolgen monatlich, vierteljährlich bzw. jährlich.

5.4 Operationelle Risiken

Die operationellen Risiken sind definiert als die Gefahr von Verlusten infolge menschlichen Versagens, der Unzulänglichkeit von internen Prozessen und Systemen sowie externer Ereignisse. Für den adäquaten Umgang mit operationellen Risiken ist der Vorstand verantwortlich. Zu seinen Aufgaben zählen die Festlegung, regelmäßige Überprüfung und Sicherstellung der notwendigen Rahmenbedingungen zum Umgang mit operationellen Risiken. Die Sparkasse hat diverse Maßnahmen ergriffen, um einen fehlerfreien und reibungslosen Geschäftsablauf sicherzustellen.

Zur Ermittlung der bankaufsichtlichen Eigenkapitalunterlegung für operationelle Risiken wendet die Sparkasse den Basisindikatoransatz gemäß CRR an. Für eine umfassende Risikobewertung der operationellen Risiken setzt die Sparkasse für die Ex-post-Betrachtung eine Schadensfalldatenbank sowie zur Ex-ante-Betrachtung eine Risikolandkarte ein. Das Reporting erfolgt vierteljährlich bzw. jährlich.

Das zugeordnete Limit für unerwartete operationelle Risiken betrug im Jahr 2016 2,6 Mio. EUR; die Auslastung betrug zu den Stichtagen 76,9 %. Das zum Bilanzstichtag 2016 auf Sicht zum Jahresende 2017 zugeordnete Limit in Höhe von 2,6 Mio. EUR reicht mit einer Auslastung von 72,3 % aus, um die vorhandenen Risiken abzudecken.

Die betrieblichen Abläufe sind in Anweisungen geregelt und werden durch die interne Revision überwacht. Für die wesentlichen Bereiche der Sparkasse, insbesondere für die Bereiche Eigenhandelsgeschäfte und Informationstechnologie, liegen Notfallpläne vor. Berechtigungs-, Kontroll- und Überwachungssysteme gewährleisten den Schutz vertraulicher Informationen vor nicht berechtigten Zugriffen und Änderungen. Technische Sicherheitssysteme der Finanz Informatik, wie z.B. ein Firewall-System, Intrusion Detection/Prevention System, Virens Scanner, Sandbox usw., schützen die Sparkasse vor unberechtigten externen Zugriffen.

6 Gesamtrisikosituation

Unser Haus verfügt gemäß § 25a KWG über ein dem Umfang der Geschäftstätigkeit angemessenes System zur Steuerung, Überwachung und Kontrolle der genannten Risiken. Durch das Risikomanagement und -controlling werden diese Risiken frühzeitig identifiziert, quantifiziert, analysiert und zeitnah überwacht. Die entsprechenden Informationen werden den zuständigen Entscheidungsträgern vollständig und rechtzeitig zur Verfügung gestellt. Die Risikotragfähigkeit ist entsprechend den Risikotragfähigkeitsanalysen in allen relevanten Szenarien gegeben. Die Auslastung des Risikodeckungspotenzials lag während des gesamten Geschäftsjahres innerhalb der auf Gesamtbankebene festgelegten Grenzen. Eine Gefährdung der Risikotragfähigkeit der Sparkasse war nicht erkennbar. Bestandsgefährdende oder entwicklungsbeeinträchtigende Risiken mit einem wesentlichen Einfluss auf die Vermögens-, Finanz- und Ertragslage sind nicht erkennbar.

D Prognosebericht

Die Prognosen, die sich auf die Entwicklung der Sparkasse im nächsten Jahr beziehen, stellen unsere Einschätzung der künftigen Entwicklung aufgrund der uns zur Verfügung stehenden Informationen dar. Wesentliche Risiken der zukünftigen Entwicklung, die Auswirkungen auf die Vermögens-, Finanz- und Ertragslage der Sparkasse haben, sind derzeit nicht erkennbar. Dennoch unterliegen alle Prognosen einer Unsicherheit, die zu Abweichungen der tatsächlichen Ergebnisse von den geplanten Werten führen können. Die Sparkasse verfügt jedoch über Instrumente und Prozesse, um Abweichungen von den Erwartungen frühzeitig zu erkennen, zu analysieren und ggf. steuernd einzugreifen.

1 Gesamtwirtschaftliche und regionale Entwicklung

Für die weitere Entwicklung der Weltwirtschaft bestehen in der aktuellen Situation besonders große Risiken. Sie beziehen sich nicht nur auf die kurzfristigen konjunkturellen Perspektiven, sondern auch auf grundlegende strukturelle Weichenstellungen. Das Leitbild des Freihandels, das in den letzten Dekaden allen sich offen beteiligenden Ländern so große Wohlstandsgewinne beschert hat, steht in Frage. Zunehmende protektionistische Bestrebungen könnten Effizienz und internationale Arbeitsteilung sowie die entstandenen differenzierten Wertschöpfungsketten gefährden. Zudem ist mit dem eingeleiteten „Brexit“ und ähnlichen Abkoppelungsgedanken auch in den anstehenden Wahlkämpfen anderer Länder das institutionelle Gefüge der Europäischen Union schwer erschüttert.

Die Wirtschaft im Euroraum nähert sich in moderatem Wachstumstempo von 1,6 % der Vollauslastung. Dies könnte helfen, die Arbeitslosigkeit in den Krisenländern der letzten Jahre allmählich weiter zu reduzieren. Die Unsicherheiten bei den Wahlausgängen belasten jedoch Stimmung und Investitionsaktivität. Zudem bleibt die mangelhafte Reformfähigkeit der südeuropäischen Problemländer weiter bestehen. Auch die Staatsfinanzen sind noch nicht in allen Ländern auf einem nachhaltigen Kurs, insbesondere für den Fall, dass die Zinsen wieder steigen. Die Sorgen über die Entwicklung der wirtschaftlichen Rahmenbedingungen im Euroraum halten die Unternehmen auch in Deutschland von größeren Investitionen ab; das Wirtschaftswachstum dürfte im Bereich des europäischen Durchschnitts liegen. Getragen werden soll das Wachstum erneut ausschließlich von der Binnenkonjunktur. Die Korrektur des Außenhandelsüberschusses setzt sich fort. Der Export kann in diesem Szenario ungeachtet der Risiken in der Weltwirtschaft real zulegen, doch das Wachstum der Importe wird wiederholt höher ausfallen. In der Binnennachfrage fallen die Wachstumsbeiträge des Konsums etwas schwächer aus als im Vorjahr, weil 2016 noch wirksame Sonderfaktoren inzwischen ausgelaufen sind bzw. sich jetzt sogar umdrehen. So profitiert die Kaufkraft der privaten Haushalte nicht mehr von einer erneuten Verbilligung der Energiepreise. Der staatliche Konsum wird nicht mehr so stark von der Flüchtlingszuwanderung getrieben, wächst aber noch einmal überproportional zum BIP.

Die Bauinvestitionen dürften weiterhin vor allem im Bereich des Wohnungsbaus zulegen. Bei den anderen Investitionskategorien sind die politischen Unsicherheiten am direktesten wirksam, gleichwohl sollten sie auch zulegen können.

Während die weltweiten Verbraucherpreise sich im Durchschnitt ähnlich der Wirtschaftswachstumsrate entwickeln, dürfte die Inflation in den USA dank sinkender Arbeitslosigkeit ansteigen. Da die Euroländer sich nur langsam der Vollauslastung der Kapazitäten nähern, bleiben die Inflationsraten niedrig. Bei der Preisentwicklung ist 2017 zumindest eine weitere Normalisierung weg von den sehr niedrigen Raten der letzten Jahre wahrscheinlich. Die von der DekaBank prognostizierten 1,6 % wären praktisch ein weiterer Schritt hin zum Zielniveau der EZB. In ähnlicher Weise wie im Euroraum insgesamt dürfte bei den Preisen auch die Entwicklung in Deutschland verlaufen, jedoch im Jahresdurchschnitt die Zielmarke der EZB überschreiten, da der Arbeitsmarkt hierzulande weit stärker geräumt ist. Diese Konstellation könnte schneller zu Lohndruck führen als in denjenigen Ländern, in denen die Arbeitslosigkeit noch höher ist und die erst noch ihre Wettbewerbsfähigkeit wiederherstellen müssen. Insgesamt ist in Deutschland von einer weiter leicht steigenden Erwerbstätigkeit und von weiter leicht rückläufiger Arbeitslosigkeit auszugehen.

Risiken für dieses Szenario sieht die DekaBank in dem Fall von massiven Handelsbeschränkungen der US-Regierung sowie Gegenmaßnahmen betroffener Staaten, was zu einem Handelskrieg eskalieren könnte und die Welthandelsarchitektur nachhaltig verändern würde. Kurzfristige Folge wäre ein weltweiter Konjunktureenbruch mit negativen Auswirkungen auf die Finanzmarktstabilität.

Demgegenüber könnte eine ansteigende weltwirtschaftliche Dynamik auch ohne größeren Anstieg der Inflationserwartungen erfolgen. Dies würde den Notenbanken eine sehr behutsame Straffung ihrer Geldpolitik ermöglichen. Die Gesundung der Finanzsysteme schreitet in diesem Szenario zügig mit dem Abbau von Verschuldung voran. Auch eine überraschend starke Wachstumsdynamik in den Emerging

Markets könnte eine positive Sogwirkung für die globale Wirtschaft auslösen. Weiterhin könnte der näher heranrückende Austritt des Vereinigten Königreichs in der Europäischen Union (EU) einen Reformprozess anstoßen, der in höheres Wachstum und solidere Staatsfinanzen mündet.

Die Verbesserung der strukturellen und konjunkturellen Bedingungen in der Eurozone sollte auch Impulse für die Thüringer Wirtschaft abgeben. Die Nachfrage vor Ort wird durch die weiterhin steigende Beschäftigung und die sinkende Arbeitslosigkeit unterstützt. Allerdings wird die demografische Entwicklung weiterhin von einem Einwohnerrückgang geprägt sein, was den Konsum in den eigenen Landesgrenzen zunehmend schwächt.

Im Geschäftsgebiet der Sparkasse erwarten wir ähnliche wirtschaftliche Entwicklungstendenzen wie im gesamtdeutschen und Thüringer Raum. Mit der konjunkturellen Erholung und dem investitionsfreundlichen Klima dürften sich auch regional weiter Chancen auf Unternehmensansiedelungen und Erweiterungsinvestitionen ergeben. Weiterhin ist auch in den nächsten Jahren davon auszugehen, dass der Einwohnerrückgang im Landkreis Nordhausen nicht gestoppt werden kann.

2 Entwicklung von Geld- und Kapitalmärkten

Die EZB unterstreicht nach wie vor ihre Bereitschaft, ihre Politik bei Bedarf noch weiter zu lockern. Vor dem Hintergrund der sich fortsetzenden wirtschaftlichen Erholung und wieder höherer Inflationsraten werden an den Geld- und Rentenmärkten jedoch bereits die Folgen eines langfristig zu erwartenden Ausstiegs aus der extrem expansiven Geldpolitik diskutiert. Für 2017 hat sich die europäische Geldpolitik bereits schon sehr weitgehend festgelegt. Das Ankaufprogramm wird zwar ab April 2017 reduziert, die Käufe an sich aber mindestens bis zum Ende des Jahres 2017 fortgeführt werden. Vor dem Ende der Käufe ist auch eine Anhebung der Leitzinsen praktisch ausgeschlossen, zumal die EZB im Rahmen ihrer „Forward Guidance“ entsprechende Signale gegeben hat. Anders als in den USA, wo eine langsame Fortsetzung der Leitzinsanhebungen im Laufe von 2017 wahrscheinlich ist, bleibt im Euroraum der Negativzins der EZB als Vorgabe für alle kurzfristigen Geldmarktkonditionen vorerst erhalten.

Dabei kann es bereits 2017 zu einer vorwegnehmenden Entwicklung an den Kapitalmärkten in den langen Laufzeiten kommen. Entsprechende austestende Bewegungen der Renditen sind bereits seit Herbst 2016 zu beobachten. Die Zinsstruktur könnte damit noch steiler werden. Dies wäre insbesondere dann der Fall, wenn wieder stärkere Inflationserwartungen aufkommen sollten. Auch in den kürzeren Laufzeitbereichen rechnen wir mit höheren Renditen von Bundesanleihen, denn den Kauf von Papieren mit Renditen unterhalb des Einlagensatzes von -0,40 % dürfte die EZB eher restriktiv handhaben. Damit entstehen leichte Verluste an Rentenmärkten angesichts steigender Renditen, die sich u. a. in Bewertungsmaßnahmen der Banken niederschlagen dürften.

Insgesamt sehen wir einen moderaten Anstieg der Aktienkurse in Euroland, in den USA und Japan allerdings bei einer hohen Schwankungsbreite. Das Umfeld für deutsche Unternehmen bleibt unverändert positiv. Die Unternehmen selber schätzen ihr operatives Umfeld in den Stimmungsumfragen weiter verbessert ein. Die positive Stimmung spiegelt sich auch in einer guten Berichterstattung der Unternehmen wider, die die hohe Erwartungshaltung des Marktes erfüllen konnte und gleichzeitig auf ein solides Gewinnwachstum im gerade laufenden ersten Quartal hindeutet. Mit Blick auf die kommenden Monate rechnen wir daher mit weiter ansteigenden Notierungen.

3 Entwicklung der Kreissparkasse Nordhausen

Im Hinblick auf die konjunkturellen und branchenspezifischen Rahmenbedingungen sehen wir die Sparkasse auf der Basis unseres Geschäftsmodells und der strategischen Zielstellung gut aufgestellt. Für das Geschäftsjahr 2017 gehen wir aufgrund der Rahmenbedingungen und unter Berücksichtigung unserer strategischen Ausrichtung von einer leichten Steigerung der durchschnittlichen Bilanzsumme aus.

Wir sehen eine weiterhin stabile Entwicklung des Kundengeschäftes, die von dem hohen Vertrauen der Menschen in die Sparkassen angesichts der Finanzmarktkrise und einer festen Verankerung im mittelständischen Firmenkundengeschäft profitiert.

Angesichts der gesamtwirtschaftlichen Prognosen erwarten wir eine moderat anziehende Investitionsbereitschaft der Unternehmen, die vor allem durch die Nachfrage nach Kreditmitteln für Ausrüstungs- und Erweiterungsinvestitionen getragen wird. Wir gehen davon aus, dass die hohen Tilgungsleistungen kompensiert werden können und der Bestand an Firmenkrediten leicht ansteigt. Sollte die Konjunktur stärker als erwartet anziehen, ergeben sich Chancen, den Bestand auszubauen. Demgegenüber dürfte bei einem Aufflammen diverser politischer oder kriegerischer Krisen die Investitionsneigung aufgrund der herrschenden Verunsicherung zurückgehen, was zu sinkenden Kreditzusagen und rückläufigen Beständen führen könnte. Weiterhin sehen wir die Gefahr der zunehmenden Wettbewerbsverzerrung im Zinskonditionenbereich durch staatliche bzw. bundeslandeigene Kreditinstitute.

Bei den privaten Wohnungsbaufinanzierungen rechnen wir wiederholt mit einem stark ansteigenden Kreditbestand. Chancen sehen wir sowohl durch eine weitere Belebung der regionalen Neubautätigkeiten als auch durch frühzeitige und aktive Akquirierung von Fremdfinanzierungen mittels Forwardvereinbarungen sowie in verstärkten Aktivitäten in Bezug auf Investitions- und Modernisierungsmaßnahmen, hier speziell zu den Themen erneuerbare Energien und energetische Gebäudesanierung. Ansteigende Zinsen oder steigende Arbeitslosigkeit könnten die Wohnungsbaunachfragen dämpfen. Im Segment der Konsumentendarlehen erwarten wir stärkere Zuwächse im Vergleich zum Vorjahresniveau; diese dürften bei starkem Rückgang der Arbeitslosigkeit und hohen Einkommenszuwächsen stärker ausfallen als bei einer Rückkehr der Verunsicherung über die zukünftige europäische Entwicklung und Arbeitsplatzverlustängsten. Eine risikobewusste Kreditpolitik bildet dabei auch in den kommenden Jahren die Basis für die Verwendung unserer bilanziellen Mittel.

Den Bestand an Eigenanlagen wollen wir nahezu unverändert belassen. Fällige Schuldverschreibungen sollen reinvestiert werden. Sollte die Schuldenkrise gepaart mit konjunkturellen Unsicherheiten wieder stärker in den Fokus rücken, würde der Bestand an Schuldverschreibungen durch Verschiebung der Reinvestition von Fälligkeiten weiter reduziert werden. Eine überdurchschnittliche konjunkturelle Belebung, die weitere Beruhigung der Märkte und ein Anziehen der Renditen könnten insgesamt einen Positionsaufbau bei den Eigenanlagen zur Folge haben, der sowohl im Bestand an Schuldverschreibungen sowie beim Fondsbestand realisiert werden würde.

Die bilanzielle Ersparnisbildung der Kunden dürfte aufgrund des anhaltenden Zinsniveaus am erreichten Wachstum 2016 anknüpfen. Im Jahr 2017 erwarten wir einen leicht höheren Bestand an bilanziellen Einlagen. Wir sehen die Gefahr, dass sich Kreditinstitute mit hohen Risikoprämien am Interbankenmarkt über das Kundengeschäft günstiger, jedoch mit über dem allgemeinen Marktniveau liegenden Kundenkonditionen, refinanzieren. Weiterhin könnten die außerbilanziellen Anlageformen bei dem anhaltenden Niedrigzinsniveau noch stärker nachgefragt werden bzw. die Kundeneinlagen vor dem Hintergrund einer negativen Realverzinsung stark abnehmen. Durch eine weitere attraktive Produktgestaltung und eine hohe Beratungsqualität wirken wir hier entgegen.

Der Zinsüberschuss (Saldo der GuV-Positionen 1 bis 3) als bedeutendste Ertragsquelle wird in 2017 aufgrund des im letzten Jahr enthaltenen Ergebniseffekts aus der vorzeitigen Auflösung (Close-out) von Zinsswaps und der Zinseffekte aus der Aufzinsung von Pensionsrückstellungen sowie dem Ausbau der Kredit- und Kundeneinlagenbestände, denen jedoch ein rückläufiger Zinsertrag im Eigengeschäft gegenübersteht, auf ähnlichem Niveau liegen wie im Jahr 2016. In der betriebswirtschaftlichen Betrachtungsweise, welche Sondereffekte unberücksichtigt lässt, ergibt sich für 2017 ein Zinsüberschuss der merklich unter dem Niveau des Vorjahres liegt. Risiken sehen wir in der anhaltenden, sich nachhaltig auf den Zinsertrag auswirkenden Niedrigzinsphase sowie durch die Belastung des nicht adäquat sinkenden Zinsaufwandes; dieser müsste aus Kundensicht negative Renditen ausweisen, um die Zinsspanne beibehalten zu können. Weitere Risiken würden sich durch stark sinkende Kredit- und Einlagenbestände - aufgrund großer Verunsicherungen durch neuerliche Krisenherde - und dem daraus resultierenden

Rückgang des Zinsüberschusses ergeben. Bei einem stärkeren Zinsanstieg bestehen Chancen zur Generierung steigender Zinserträge aus den Eigenanlagen; zudem erhöht sich der Zinsüberschuss bei einem wachsenden Kredit- und Kundeneinlagengeschäft.

Vor dem Hintergrund der geringen Markttrenditen bei festverzinslichen Anlagen erstklassiger Bonitäten rechnen wir im Wertpapiergeschäft mit der DekaBank Deutsche Girozentrale und der S Broker AG & Co. KG mit einem wiederholt starken Anstieg der Umsätze und der Depotbestände, die bei wesentlicher Verbesserung der konjunkturellen Rahmenbedingungen stärker ansteigen könnten. Gleichwohl bedeutet eine zurückkehrende Verunsicherung an den Börsen, dass sinkende Kurse im Kundengeschäft zu geringeren Transaktionsumsätzen und niedrigeren Depotvolumen führen können. Im Verbund- und Vermittlungsgeschäft gehen wir aufgrund geänderter Provisionszahlungen von leicht sinkenden Erträgen im nächsten Jahr aus. Die betriebliche und private Altersvorsorge bildet dabei weiterhin einen Schwerpunkt unserer Beratungstätigkeit. Ein wichtiges Ertragsfeld sind die Erträge aus dem Zahlungsverkehrs- und Kontoführungsbereich; hier erwarten wir aufgrund von Preisanpassungen leicht steigende Ergebnisse. Sollten der Einwohnerrückgang und die Wettbewerbssituation ansteigen, könnten diese zu leichten Rückgängen führen; die Marktentwicklungen werden beobachtet. Zunehmen könnten die Erträge bei einem Anstieg der Einwohnerzahlen sowie beim Wegfall von Marktteilnehmern.

Die Forderungen an Kreditinstitute sollen aufgrund der derzeitigen negativen Verzinsung in kurz- und mittelfristigen Anlagehorizonten stark abgebaut und die Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten moderat im Rahmen von Weiterleitungsmitteln ausgebaut werden. Insofern das Kundenkreditgeschäft stärker als die Kundeneinlagen ansteigt, erfolgt eine Kompensation durch Aufnahme von Bankengeldern.

Der Personalbestand wird nach unserer Erwartung in 2017 durch Stellenreduktion leicht sinken. Tarifbedingte Gehaltssteigerungen führen trotz verringertem Personalbestand zu steigenden Personalaufwendungen in der betriebswirtschaftlichen Betrachtungsweise. Bei den Sachaufwendungen erwarten wir leicht rückläufige Aufwendungen im nächsten Jahr. Allgemeinen Preissteigerungen auf Dienstleistungen stehen rückläufige Investitionstätigkeiten in Geschäftsräumen und Ausstattungen entgegen. Erhöhter Personalbedarf, steigende Sozialversicherungskosten und erhöhte Preissteigerungsraten würden die Aufwandspositionen stärker steigen lassen; bei deflationären Erscheinungen sehen wir leicht sinkende Aufwendungen. Durch ein konsequentes Kostenmanagement und Effizienzsteigerungen in den Geschäftsprozessen sehen wir langfristig weiteres Potenzial zu Kostenstabilisierung.

Auf Basis der genannten Entwicklungen erwarten wir für 2017, vor allem bedingt durch die Entwicklung des Zinsüberschusses, ein merklich rückläufiges betriebswirtschaftliches Ergebnis vor Bewertung.

Die Risikovorsorge im Kreditgeschäft wird neben der Konjunktorentwicklung auch durch die regionale Wirtschaftsentwicklung nachhaltig beeinflusst. Wir rechnen gegenwärtig, entgegen dem Vorjahresergebnis, mit einem Wertberichtigungsbedarf. Bedingt durch die Entwicklung an den Zinsmärkten sehen wir, nach einem positiven Bewertungsergebnis im Wertpapiergeschäft im Berichtsjahr, im Jahr 2017 einen nicht unerheblichen Abschreibungsbedarf auf den Wertpapierbestand. Die Bewertungsmaßnahmen insgesamt dürften deshalb gegenüber dem Berichtsjahr wesentlich höher ausfallen. Risiken sehen wir bei einer negativen und positiven Konjunktorentwicklung. Bei einer negativen Entwicklung nehmen die Unternehmensinsolvenzen durch eine verschlechterte Auftragslage zu, was einen erheblichen Anstieg des Bewertungsbedarfs im Kreditgeschäft zur Folge hätte. Die durch die eingetrübten Zukunftserwartungen ausgelösten weiteren Maßnahmen der EZB führen zu einer Seitwärtsbewegung der Anleihekurse, so dass mit einem niedrigen Abschreibungsbedarf bei den Eigenanlagen zu rechnen ist. Bei überdurchschnittlich positiver Entwicklung der konjunkturellen Rahmenbedingungen rechnen wir im Kundenkreditgeschäft lediglich mit einer geringfügigen Bildung von Einzelwertberichtigungen; bedingt durch die Entwicklung an den Zinsmärkten ergibt sich aufgrund sinkender Bonitätsspreads und aus dem ansteigenden Renditeniveau ein erheblicher Abschreibungsbedarf im Wertpapierbestand. Hinsichtlich weiterer Risiken verweisen wir auf die Ausführungen im Risikobericht. Erfahrungsgemäß können sich bei der Prognose der Bewertungsergebnisse größere Abweichungen im Positiven oder Negativen

ergeben. Die Auswirkungen dieser Entwicklungen führen jedoch nicht zur Auflösung von Reserven. Ausgehend von den Planungsergebnissen ist eine weitere, wenngleich geringere, Zuführung zu den Vorsorgereserven für die langfristige Unternehmenssicherung möglich.

Für das Jahr 2017 rechnen wir, unter Berücksichtigung entsprechender Zuführungen zu den versteuerten Reserven, mit einem leicht rückläufigem Jahresergebnis. Die Eigenmittel werden sich weiter positiv entwickeln. Aufgrund unserer vorausschauenden Finanzplanung wird sichergestellt, dass auch im Prognosezeitraum die Zahlungsbereitschaft jederzeit gewährleistet ist.

Unter den im Lagebericht dargestellten Einschätzungen des nächsten Jahres erwarten wir zufriedenstellende Geschäftsergebnisse, die durch Zuführung zu den Rücklagen die langfristige Unternehmenssicherung unterstützen.

Bericht des Verwaltungsrates

Der Vorstand informierte den Verwaltungsrat regelmäßig über die Gesamtlage und Entwicklung der Sparkasse im Jahre 2016. Der Verwaltungsrat hat die ihm nach dem Sparkassenrecht obliegenden Aufgaben wahrgenommen und die erforderlichen Beschlüsse gefasst.

Der Vorstand berichtete dem Verwaltungsrat in regelmäßigen Abständen umfassend und zeitnah über die gesamtwirtschaftliche Lage, die Geschäftsentwicklung, die wirtschaftlichen Verhältnisse der Sparkasse und über Angelegenheiten von besonderer Bedeutung für die Sparkasse. Im Rahmen der Risikoberichterstattung gem. MaRisk (Mindestanforderungen an das Risikomanagement) informierte der Vorstand den Verwaltungsrat über die erstellten Risikoberichte.

Die Prüfungsstelle des Sparkassen- und Giroverbandes Hessen-Thüringen in Frankfurt / Main- Erfurt prüfte den vom Vorstand vorgelegten Jahresabschluss und den Lagebericht für das Geschäftsjahr 2016 und erteilte uneingeschränkten Bestätigungsvermerk.

Der Verwaltungsrat hat den vom Vorstand vorgelegten Lagebericht gebilligt, den Jahresabschluss zum 31. Dezember 2016 festgestellt und in Übereinstimmung mit dem Vorschlag des Vorstandes beschlossen, den Bilanzgewinn in Höhe von 1.171.684,56 EUR der Sicherheitsrücklage zuzuführen und 594.000,59 EUR an den Träger auszuschütten.

Nordhausen, im Juli 2017

Der Vorsitzende des Verwaltungsrates

Matthias Jendricke
Landrat



Jahresabschluss

zum 31. Dezember 2016
der Kreissparkasse Nordhausen

Aktivseite

Jahresbilanz zum 31. Dezember 2016

	EUR	EUR	EUR	31.12.2015 TEUR
1. Barreserve				
a) Kassenbestand		12.716.965,45		14.900
b) Guthaben bei der Deutschen Bundesbank		11.849.337,19		9.477
			24.566.302,64	24.376
2. Schuldtitel öffentlicher Stellen und Wechsel, die zur Refinanzierung bei der Deutschen Bundesbank zugelassen sind				
a) Schatzwechsel und unverzinsliche Schatzanweisungen sowie ähnliche Schuldtitel öffentlicher Stellen		0,00		0
b) Wechsel		0,00		0
			0,00	0
3. Forderungen an Kreditinstitute				
a) täglich fällig		32.106.197,56		10.829
b) andere Forderungen		0,00		0
			32.106.197,56	10.829
4. Forderungen an Kunden			610.903.174,23	587.655
darunter: durch Grundpfandrechte gesichert	292.623.495,87	EUR		(279.383)
Kommunalkredite	32.858.853,12	EUR		(35.140)
5. Schuldverschreibungen und andere festverzinsliche Wertpapiere				
a) Geldmarktpapiere				0
aa) von öffentlichen Emittenten		0,00		0
darunter: beleihbar bei der Deutschen Bundesbank	0,00	EUR		(0)
ab) von anderen Emittenten		0,00		0
darunter: beleihbar bei der Deutschen Bundesbank	0,00	EUR		(0)
			0,00	0
b) Anleihen und Schuldverschreibungen				64.651
ba) von öffentlichen Emittenten	46.372.749,49			64.651
darunter: beleihbar bei der Deutschen Bundesbank	46.372.749,49	EUR		(64.651)
bb) von anderen Emittenten	117.103.264,47			118.588
darunter: beleihbar bei der Deutschen Bundesbank	109.624.204,06	EUR		(111.103)
		163.476.013,96		183.239
c) eigene Schuldverschreibungen		0,00		0
Nennbetrag	0,00	EUR		(0)
			163.476.013,96	183.239
6. Aktien und andere nicht festverzinsliche Wertpapiere			259.789.136,13	268.202
6.a Handelsbestand			0,00	0
7. Beteiligungen			9.403.360,19	9.428
darunter:				
an Kreditinstituten	0,00	EUR		(25)
an Finanzdienstleistungsinstituten	337.012,65	EUR		(337)
8. Anteile an verbundenen Unternehmen			5.825.564,59	5.826
darunter:				
an Kreditinstituten	0,00	EUR		(0)
an Finanzdienstleistungsinstituten	0,00	EUR		(0)
9. Treuhandvermögen			225.000,00	675
darunter:				
Treuhandkredite	225.000,00	EUR		(675)
10. Ausgleichsforderungen gegen die öffentliche Hand einschließlich Schuldverschreibungen aus deren Umtausch			0,00	0
11. Immaterielle Anlagewerte				
a) Selbst geschaffene gewerbliche Schutzrechte und ähnliche Rechte und Werte		0,00		0
b) entgeltlich erworbene Konzessionen, gewerbliche Schutzrechte und ähnliche Rechte und Werte sowie Lizenzen an solchen Rechten und Werten		71.505,00		111
c) Geschäfts- oder Firmenwerte		0,00		0
d) geleistete Anzahlungen		0,00		0
			71.505,00	111
12. Sachanlagen			17.982.106,28	18.541
13. Sonstige Vermögensgegenstände			3.047.627,07	2.549
14. Rechnungsabgrenzungsposten			10.125,44	16
Summe der Aktiva			1.127.406.113,09	1.111.448

Passivseite

	EUR	EUR	EUR	31.12.2015 TEUR
1. Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten				
a) täglich fällig		447.384,06		2.027
b) mit vereinbarter Laufzeit oder Kündigungsfrist		<u>59.494.174,32</u>		<u>56.431</u>
			59.941.558,38	<u>58.458</u>
2. Verbindlichkeiten gegenüber Kunden				
a) Spareinlagen				
aa) mit vereinbarter Kündigungsfrist von drei Monaten	349.295.507,62			354.630
ab) mit vereinbarter Kündigungsfrist von mehr als drei Monaten	<u>7.179.159,51</u>			<u>6.877</u>
		356.474.667,13		361.507
b) andere Verbindlichkeiten				
ba) täglich fällig	565.838.347,19			550.718
bb) mit vereinbarter Laufzeit oder Kündigungsfrist	<u>4.952.737,27</u>			<u>6.694</u>
		570.791.084,46		557.411
			927.265.751,59	<u>918.919</u>
3. Verbriefte Verbindlichkeiten				
a) begebene Schuldverschreibungen		2.506.273,00		2.506
b) andere verbrieftete Verbindlichkeiten		<u>0,00</u>		<u>0</u>
darunter:				
Geldmarktpapiere	0,00 EUR			(0)
eigene Akzepte und Solawechsel im Umlauf	<u>0,00 EUR</u>			(0)
			2.506.273,00	2.506
3a. Handelsbestand			0,00	0
4. Treuhandverbindlichkeiten			225.000,00	675
darunter: Treuhandkredite	225.000,00 EUR			(675)
5. Sonstige Verbindlichkeiten			317.486,89	975
6. Rechnungsabgrenzungsposten			<u>73.083,27</u>	<u>116</u>
7. Rückstellungen				
a) Rückstellungen für Pensionen und ähnliche Verpflichtungen		8.819.237,00		8.885
b) Steuerrückstellungen		<u>0,00</u>		<u>181</u>
c) andere Rückstellungen		<u>3.611.196,36</u>		<u>3.658</u>
			12.430.433,36	12.724
8. (weggefallen)				
9. Nachrangige Verbindlichkeiten			0,00	0
10. Genusssrechtskapital			0,00	0
darunter: vor Ablauf von zwei Jahren fällig	0,00 EUR			(0)
11. Fonds für allgemeine Bankrisiken			55.000.000,00	48.600
12. Eigenkapital				
a) gezeichnetes Kapital		0,00		0
b) Kapitalrücklage		<u>0,00</u>		<u>0</u>
c) Gewinnrücklagen				
ca) Sicherheitsrücklage	67.880.841,45			66.384
cb) andere Rücklagen	<u>0,00</u>			<u>0</u>
		67.880.841,45		66.384
d) Bilanzgewinn		<u>1.765.685,15</u>		<u>2.090</u>
			69.646.526,60	68.475
Summe der Passiva			1.127.406.113,09	1.111.448
1. Eventualverbindlichkeiten				
a) Eventualverbindlichkeiten aus weitergegebenen abgerechneten Wechseln		0,00		0
b) Verbindlichkeiten aus Bürgschaften und Gewährleistungsverträgen		<u>10.243.714,58</u>		<u>9.792</u>
c) Haftung aus der Bestellung von Sicherheiten für fremde Verbindlichkeiten		<u>0,00</u>		<u>0</u>
			10.243.714,58	9.792
2. Andere Verpflichtungen				
a) Rücknahmeverpflichtungen aus unechten Pensionsgeschäften		0,00		0
b) Platzierungs- und Übernahmeverpflichtungen		<u>0,00</u>		<u>0</u>
c) Unwiderrufliche Kreditzusagen		<u>25.816.664,31</u>		<u>29.466</u>
			25.816.664,31	29.466

Gewinn- und Verlustrechnung für die Zeit vom 1. Januar bis 31. Dezember 2016	EUR	EUR	EUR	1.1.-31.12.2015 TEUR
1. Zinserträge aus				
a) Kredit- und Geldmarktgeschäften	20.564.504,05			21.679
darunter: aus der Abzinsung von Rückstellungen	0,05 EUR			(0)
b) festverzinslichen Wertpapieren und Schuldbuchforderungen	3.215.062,28			3.900
		23.779.566,33		25.579
2. Zinsaufwendungen		4.054.665,92		8.591
darunter: aus der Aufzinsung von Rückstellungen	267.388,21 EUR			(1.179)
			19.724.900,41	16.988
3. Laufende Erträge aus				
a) Aktien und anderen nicht festverzinslichen Wertpapieren		2.723.866,72		4.435
b) Beteiligungen		430.698,51		523
c) Anteilen an verbundenen Unternehmen		0,00		0
			3.154.565,23	4.958
4. Erträge aus Gewinngemeinschaften, Gewinnabführungs- oder Teilgewinnabführungsverträgen			0,00	0
5. Provisionserträge		8.335.941,56		7.577
6. Provisionsaufwendungen		259.264,15		255
			8.076.677,41	7.322
7. Nettoertrag/Nettoaufwand des Handelsbestands			0,00	0
8. Sonstige betriebliche Erträge			2.646.268,59	2.789
9. (weggefallen)				
			33.602.411,64	32.057
10. Allgemeine Verwaltungsaufwendungen				
a) Personalaufwand				
aa) Löhne und Gehälter	10.099.796,05			9.806
ab) Soziale Abgaben und Aufwendungen für Altersversorgung und für Unterstützung	2.469.571,10			2.230
darunter: für Alters- versorgung	317.972,05 EUR			(270)
b) andere Verwaltungsaufwendungen		12.569.367,15		12.036
		7.090.016,92		7.473
			19.659.384,07	19.509
11. Abschreibungen und Wertberichtigungen auf immaterielle Anlagewerte und Sachanlagen			1.376.980,62	3.315
12. Sonstige betriebliche Aufwendungen			1.343.359,85	1.034
13. Abschreibungen und Wertberichtigungen auf Forderungen und bestimmte Wertpapiere sowie Zuführungen zu Rückstellungen im Kreditgeschäft		0,00		0
14. Erträge aus Zuschreibungen zu Forderungen und bestimmten Wertpapieren sowie aus der Auflösung von Rückstellungen im Kreditgeschäft		887.768,91		2.129
			887.768,91	2.129
15. Abschreibungen und Wertberichtigungen auf Beteiligungen, Anteile an verbundenen Unternehmen und wie Anlagevermögen behandelte Wertpapiere		0,00		0
16. Erträge aus Zuschreibungen zu Beteiligungen, Anteilen an verbundenen Unternehmen und wie Anlagevermögen behandelten Wertpapieren		337.608,51		68
			337.608,51	68
17. Aufwendungen aus Verlustübernahme			0,00	0
18. Zuführungen zu dem Fonds für allgemeine Bankrisiken			6.400.000,00	5.700
19. Ergebnis der normalen Geschäftstätigkeit			6.048.064,52	4.696
20. Außerordentliche Erträge		0,00		0
21. Außerordentliche Aufwendungen		0,00		0
22. Außerordentliches Ergebnis			0,00	0
23. Steuern vom Einkommen und vom Ertrag		4.219.797,07		2.550
24. Sonstige Steuern, soweit nicht unter Posten 12 ausgewiesen		62.582,30		56
			4.282.379,37	2.605
25. Jahresüberschuss			1.765.685,15	2.090
26. Gewinnvortrag/Verlustvortrag aus dem Vorjahr			0,00	0
			1.765.685,15	2.090
27. Entnahmen aus Gewinnrücklagen				
a) aus der Sicherheitsrücklage		0,00		0
b) aus anderen Rücklagen		0,00		0
			0,00	0
			1.765.685,15	2.090
28. Einstellungen in Gewinnrücklagen				
a) in die Sicherheitsrücklage		0,00		0
b) in andere Rücklagen		0,00		0
			0,00	0
29. Bilanzgewinn			1.765.685,15	2.090



Anhang

**zum 31. Dezember 2016
der Kreissparkasse Nordhausen**

Inhaltsverzeichnis

- A. Bilanzierungs- und Bewertungsmethoden
- B. Angaben und Erläuterungen zur Bilanz sowie zu den Posten unter dem Bilanzstrich
 - I. Postenbezogene Angaben
 - Forderungen an Kreditinstitute
 - a) Beziehungen zu verbundenen Unternehmen sowie Unternehmen, mit denen ein Beteiligungsverhältnis besteht
 - b) Forderungen an die eigene Girozentrale
 - Forderungen an Kunden
 - Beziehungen zu verbundenen Unternehmen sowie Unternehmen, mit denen ein Beteiligungsverhältnis besteht
 - Schuldverschreibungen und andere festverzinsliche Wertpapiere
 - a) Börsenfähige Wertpapiere
 - b) Nachrangige Vermögensgegenstände
 - Aktien und andere nicht festverzinsliche Wertpapiere
 - a) Börsenfähige Wertpapiere
 - b) Angaben zu Anteilen an Investmentvermögen
 - Beteiligungen
 - Anteilsbesitz
 - Anteile an verbundenen Unternehmen
 - Anteilsbesitz
 - Treuhandvermögen
 - Sachanlagen
 - Grundstücke und Gebäude
 - Rechnungsabgrenzungsposten
 - Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten
 - Verbindlichkeiten gegenüber der eigenen Girozentrale
 - Verbindlichkeiten gegenüber Kunden
 - Beziehungen zu verbundenen Unternehmen sowie Unternehmen, mit denen ein Beteiligungsverhältnis besteht
 - Treuhandverbindlichkeiten
 - Rechnungsabgrenzungsposten
 - Rückstellungen
 - Eventualverbindlichkeiten
 - Andere Verpflichtungen
 - II. Mehrere Posten der Bilanz betreffende Angaben
 - Fristengliederung
 - Finanzanlagen
 - Sachanlagen und Immaterielle Anlagewerte
 - Angaben zur Verrechnung gemäß § 246 Abs. 2 HGB
 - Als Sicherheit übertragene Vermögensgegenstände

- C. Angaben und Erläuterungen zur Gewinn- und Verlustrechnung
 - I. Postenbezogene Angaben
 - Zinserträge
 - Zinsaufwendungen
 - Provisionserträge
 - Sonstige betriebliche Erträge
 - Sonstige betriebliche Aufwendungen
 - Jahresüberschuss
 - Bilanzgewinn
 - a) Ausschüttungsgesperrte Beträge
 - b) Gewinnverwendungsvorschlag
 - II. Mehrere Posten der Gewinn- und Verlustrechnung betreffende Angaben
 - Erträge und Aufwendungen, die einem anderen Geschäftsjahr zuzurechnen sind
- D. Sonstige Angaben
 - Angabe zu Termingeschäften gemäß § 36 RechKredV
 - Derivative Finanzinstrumente, die nicht zum beizulegenden Zeitwert bilanziert wurden
 - Nicht in der Bilanz enthaltene sonstige finanzielle Verpflichtungen
 - Angaben zu mittelbaren Pensionsverpflichtungen gemäß Art. 28 EGHGB
 - Bezüge der Organmitglieder
 - Kredite an Organe
 - Mitarbeiter und Mitarbeiterinnen
 - Angabe des Abschlussprüferhonorars nach § 285 Nr. 17 HGB
 - Angaben zu den latenten Steuern nach § 285 Nr. 29 HGB
 - Verwaltungsrat und Vorstand

Anlage zum Jahresabschluss gemäß § 26a Abs. 1 Satz 2 KWG - "Länderspezifische Berichterstattung"

A. BILANZIERUNGS- UND BEWERTUNGSMETHODEN

Der Jahresabschluss der Kreissparkasse Nordhausen zum 31. Dezember 2016 wurde nach den geltenden Vorschriften des Handelsgesetzbuches (HGB) und der Verordnung über die Rechnungslegung der Kreditinstitute und Finanzdienstleistungsinstitute (RechKredV) aufgestellt.

Forderungen an Kreditinstitute und an Kunden sind zum Nennwert ausgewiesen, wobei ein eventueller Unterschiedsbetrag zwischen Nennwert und Auszahlungsbetrag/Anlagebetrag als Rechnungsabgrenzungsposten bilanziert und zeitanteilig aufgelöst wird. Erforderliche Wertberichtigungen werden vom Forderungsbestand abgesetzt. Die Vorsorge für Risiken im Kreditgeschäft umfasst Wertberichtigungen und Rückstellungen für alle akuten und latenten Ausfallrisiken. Den latenten Ausfallrisiken wird in Form von Pauschalwertberichtigungen, die entsprechend den Vorgaben der Finanzverwaltung ermittelt werden, Rechnung getragen. Für die bei Kreditinstituten bestehenden besonderen Risiken bestehen zudem versteuerte Vorsorgereserven gemäß § 340f HGB und Reserven i. S. v. § 26a KWG a. F. und der Fonds für allgemeine Bankrisiken i. S. v. § 340g HGB. Das Wahlrecht gemäß § 340f Abs. 3 HGB wurde in Anspruch genommen.

Den **Wertpapierbestand** unterteilen wir gemäß den handelsrechtlichen Bestimmungen nach der jeweiligen Zweckbestimmung in Anlagevermögen, Liquiditätsreserve und gegebenenfalls Handelsbestand.

Die **Wertpapiere des Anlagevermögens und der Liquiditätsreserve** werden zu den Anschaffungskosten beziehungsweise niedrigeren Kurswerten oder den niedrigeren beizulegenden Werten bilanziert (strenges Niederstwertprinzip).

Im gesamten Jahr 2016 waren dem Handelsbestand keine Wertpapiere oder Finanzinstrumente zugeordnet. Unsere strategische Ausrichtung beinhaltet aktuell keine Handelsabsicht mehr. Die institutsinternen Kriterien für die Einbeziehung von Finanzinstrumenten in den Handelsbestand haben wir im abgelaufenen Geschäftsjahr nicht geändert.

Für die **Ermittlung des beizulegenden Werts** haben wir die festverzinslichen Wertpapiere daraufhin untersucht, ob zum Bilanzstichtag ein **aktiver Markt** vorliegt. Dabei haben wir auch die Marktverhältnisse in zeitlicher Nähe zum Bilanzstichtag in unsere Beurteilung einbezogen. Sofern nach unserer Einschätzung für die von uns gehaltenen festverzinslichen Wertpapiere aktive Märkte vorliegen, haben wir Börsenpreise oder sonstige Marktpreise zur Bewertung herangezogen. Dies war bei dem weit überwiegenden Anteil der festverzinslichen Wertpapiere der Fall.

Für ein Nominalvolumen von 2,5 Mio. EUR an festverzinslichen Wertpapieren, für das kein aktiver Markt vorliegt (im Rahmen von Kreditbaskettransaktionen der S-Finanzgruppe erworbene Credit-Linked-Notes), haben wir die Bewertung anhand eines Bewertungsmodells (Discounted Cashflow-Modell), das von der Bayerischen Landesbank bereitgestellt wurde, vorgenommen. Die Credit-Linked-Notes haben wir in Übereinstimmung mit der IDW-Stellungnahme RS HFA 22 in ihre Bestandteile zerlegt und getrennt bilanziert. Zur Behandlung des getrennten Credit-Default-Swaps verweisen wir auf unsere Ausführungen zur Bilanzierung und Bewertung von Kreditderivaten.

Anteile an Investmentvermögen bewerten wir zu den Anschaffungskosten oder dem niedrigeren von der Kapitalverwaltungsgesellschaft veröffentlichten investmentrechtlichen Rücknahmepreis oder zum Börsenkurs, sofern ein aktiver Markt vorliegt. Anteile an Investmentkommanditgesellschaften, die wir im Aktivposten 6 „Aktien und andere nicht festverzinsliche Wertpapiere“ ausgewiesen haben, bewerten wir nach den Grundsätzen für Beteiligungen.

Kreditderivate werden entsprechend den Vorgaben der IDW-Stellungnahme RS BFA 1 bilanziert und bewertet. Dabei werden Kreditderivate, die nach der genannten Stellungnahme als „**erhaltene Kredit sicherheiten**“ einzustufen sind, nicht eigenständig bilanziert, sondern bei der Bewertung der besicherten Forderung, d. h. bei der Ermittlung von Einzel- und Pauschalwertberichtigungen bzw. Rückstellungen im Kreditgeschäft, berücksichtigt.

Kreditderivate, die mit keinem anderen Geschäft der Sparkasse in Verbindung stehen („**freistehende Kreditderivate**“) und bei denen wir als Sicherungsgeber auftreten, haben wir ausschließlich in Bezug auf Adressenausfallrisiken abgeschlossen. Es ist beabsichtigt, diese Kreditderivate bis zur Endfälligkeit bzw. bis zum Eintritt des Kreditereignisses zu halten. Sie werden entsprechend den Grundsätzen für das Bürgschafts- und Garantiekreditgeschäft behandelt und als Eventualverbindlichkeit ausgewiesen. Wird am Abschlussstichtag ernsthaft mit dem Eintritt des vereinbarten Kreditereignisses gerechnet, wird eine entsprechende Rückstellung gebildet. Die ausgewiesene Eventualverbindlichkeit wird um den Betrag der gebildeten Rückstellung gekürzt.

Die **Beteiligungen** und die **Anteile an verbundenen Unternehmen** sind mit den Anschaffungskosten bzw. den fortgeführten Buchwerten bilanziert; bei Wertminderung werden Abschreibungen vorgenommen.

Die entgeltlich erworbenen **immateriellen Anlagewerte des Anlagevermögens** und die **Sachanlagen** bewerten wir zu Anschaffungs- oder Herstellungskosten, vermindert um planmäßige Abschreibungen entsprechend der voraussichtlichen Nutzungsdauer. Bei voraussichtlich dauernder Wertminderung werden außerplanmäßige Abschreibungen vorgenommen.

Geringwertige Vermögensgegenstände, deren Anschaffungskosten 150 EUR nicht übersteigen, werden aus Vereinfachungsgründen in Anlehnung an die steuerlichen Regelungen im Jahr der Anschaffung sofort als Aufwand erfasst. Bei Anschaffungskosten zwischen 150 EUR und 1.000 EUR werden die geringwertigen Vermögensgegenstände in einen Sammelposten aufgenommen, der ab dem Jahr der Anschaffung jährlich in Höhe eines Fünftels abgeschrieben wird.

Soweit die Gründe für vorgenommene außerplanmäßige Abschreibungen bzw. für Abschreibungen auf den niedrigeren beizulegenden Wert nicht mehr bestehen, werden Zuschreibungen nach § 253 Abs. 5 Satz 1 HGB vorgenommen. Dies gilt auch für unter den Sonstigen Vermögensgegenständen ausgewiesene, zur Rettung von Forderungen erworbene Grundstücke und Gebäude.

Verbindlichkeiten sind mit ihrem Erfüllungsbetrag beziehungsweise Nominalbetrag passiviert. Der Unterschied zwischen Nennbetrag und Ausgabebetrag von Verbindlichkeiten wird in den Rechnungsabgrenzungsposten eingestellt und zeitanteilig aufgelöst.

Bei der Bemessung der **Rückstellungen** haben wir alle ungewissen Verbindlichkeiten und drohenden Verluste ausreichend berücksichtigt. Dabei haben wir Einschätzungen vorgenommen, ob dem Grunde nach rückstellungspflichtige Tatbestände vorliegen und ob nach aktuellen Erkenntnissen eine Inanspruchnahme zu erwarten ist. Dabei wurde in Einzelfällen auf die Einschätzung externer Sachverständiger zurückgegriffen. Soweit erforderlich haben wir künftige Preis- und Kostensteigerungen sowie bei Abzinsung der Rückstellungen die Zinssätze entsprechend den Veröffentlichungen der Deutschen Bundesbank gemäß der Rückstellungsabzinsungsverordnung berücksichtigt. Rückstellungen mit einer ursprünglichen Laufzeit von genau einem Jahr oder weniger werden nicht abgezinst. Rückstellungen für Verpflichtungen mit einer Restlaufzeit von einem Jahr oder weniger werden nicht abgezinst. Bei der Ermittlung der im Zusammenhang mit der Rückstellungsbewertung entstehenden Aufwendungen und Erträge wird davon ausgegangen, dass die Änderung des Abzinsungssatzes zum Beginn der Periode eingetreten ist. Für Veränderungen des Verpflichtungsumfanges wird die Annahme getroffen, dass diese zum Periodenende eingetreten sind. Erfolge aus der Änderung des Abzinsungssatzes oder der Restlaufzeit sind einheitlich im Aufzinsungsergebnis enthalten und werden demzufolge in dem GuV-Posten 2 „Zinsaufwendungen“ ausgewiesen.

Rückstellungen für Pensionen sind gemäß versicherungsmathematischen Grundsätzen nach dem Anwartschaftsbarwertverfahren ermittelt. Dabei wurden die Heubeck-Richttafeln 2005G und ein durchschnittlicher Marktzinssatz von 4,00 % bei einer pauschal angenommenen Restlaufzeit von 15 Jahren zugrunde gelegt. Hierbei haben wir die von der Deutschen Bundesbank gemäß der Rückstellungsabzinsungsverordnung ermittelten Zinssätze verwendet. Erwartete Lohn- und Gehaltssteigerungen wurden mit 2,50 % p. a. berücksichtigt, erwartete Rentensteigerungen mit 2,30 % p. a.

Die Änderung des bei der Ermittlung des durchschnittlichen Marktzinses berücksichtigten Zeitraums von zehn Jahren (bisher sieben Jahre) stellt eine Änderung der Bewertungsmethode

i. S. v. § 284 Abs. 2 Nr. 2 HGB dar, die aufgrund des Inkrafttretens des „Gesetzes zur Umsetzung der Wohnimmobilienkreditrichtlinie und zur Änderung handelsrechtlicher Vorschriften“ am 17. März 2016 erforderlich wurde. Die Rückstellungen haben sich durch diese Änderung um 1.065 TEUR reduziert. Das im GuV-Posten 2 ausgewiesene Aufzinsungsergebnis hat sich um diesen Betrag vermindert.

Für einen Teil der Pensionsverpflichtungen bestehen Vermögenswerte, die dem Zugriff aller übrigen Gläubiger entzogen sind und ausschließlich der Erfüllung von Schulden aus Altersversorgungsverpflichtungen dienen (Deckungsvermögen). Sie werden gemäß § 253 Abs. 1 HGB mit ihrem beizulegenden Zeitwert bewertet. Die Vermögensgegenstände wurden nach § 246 Abs. 2 HGB mit den korrespondierenden Pensionsverpflichtungen saldiert.

Im Rahmen der **verlustfreien Bewertung des Bankbuchs** haben wir einen barwertorientierten Rückstellungstest durchgeführt und hierbei die IDW-Stellungnahme RS BFA 3 berücksichtigt. Im ersten Schritt haben wir den Überschuss des Barwerts des Bankbuchs über den Buchwert des Bankbuchs ermittelt. Vom Ergebnis dieser Ermittlung haben wir die Verwaltungsaufwendungen und Risikokosten abgezogen, die bis zur vollständigen Abwicklung des Bestands des Bankbuchs erwartet werden. Nach unseren Ermittlungen hat sich kein Verpflichtungsüberschuss ergeben.

Für getätigte Anlagen gezahlte Zinsen (sogenannte „**Negativzinsen**“) werden im GuV-Posten 1 ausgewiesen. Die für aufgenommene bzw. erhaltene Gelder von der Sparkasse empfangenen Negativzinsen werden im GuV-Posten 2 ausgewiesen.

B. ANGABEN UND ERLÄUTERUNGEN ZUR BILANZ SOWIE ZU DEN POSTEN UNTER DEM BILANZSTRICH

I. POSTENBEZOGENE ANGABEN

FORDERUNGEN AN KREDITINSTITUTE

a) Beziehungen zu verbundenen Unternehmen sowie Unternehmen, mit denen ein Beteiligungsverhältnis besteht

Im Posten Forderungen an Kreditinstitute sind Forderungen an verbundene Unternehmen sowie an Unternehmen, mit denen ein Beteiligungsverhältnis besteht, enthalten:

	Forderungen an			
	verbundene Unternehmen		Unternehmen, mit denen ein Beteiligungsverhältnis besteht	
	31.12.2016	31.12.2015	31.12.2016	31.12.2015
	TEUR			
Gesamtbetrag	-	-	-	57
(darunter nachrangige)	(-)	(-)	(-)	(-)

b) Forderungen an die eigene Girozentrale

Im Posten Forderungen an Kreditinstitute sind Forderungen an die Landesbank Hessen-Thüringen Girozentrale, Frankfurt am Main und Erfurt, in Höhe von 11.664 TEUR (Vorjahr: 10.533 TEUR) enthalten.

FORDERUNGEN AN KUNDEN

Beziehungen zu verbundenen Unternehmen sowie Unternehmen, mit denen ein Beteiligungsverhältnis besteht

Im Posten Forderungen an Kunden sind Forderungen an verbundene Unternehmen sowie an Unternehmen, mit denen ein Beteiligungsverhältnis besteht, enthalten:

	Forderungen an			
	verbundene Unternehmen		Unternehmen, mit denen ein Beteiligungsverhältnis besteht	
	31.12.2016	31.12.2015	31.12.2016	31.12.2015
	TEUR			
Gesamtbetrag	678	764	21.857	19.857
(darunter nachrangige)	(-)	(-)	(-)	(-)

SCHULDVERSCHREIBUNGEN UND ANDERE FESTVERZINSLICHE WERTPAPIERE

a) Börsenfähige Wertpapiere

insgesamt	davon		darunter: nicht mit dem Niederstwert bewertet
	börsennotiert	nicht börsennotiert	
TEUR			
163.476	160.980	2.496	---

b) Nachrangige Vermögensgegenstände

Im Posten Schuldverschreibungen und andere festverzinsliche Wertpapiere sind insgesamt nachrangige Vermögensgegenstände in Höhe von 5.183 TEUR (Vorjahr: 5.183 TEUR) enthalten.

AKTIEN UND ANDERE NICHT FESTVERZINSLICHE WERTPAPIERE

c) Börsenfähige Wertpapiere

insgesamt	davon		darunter: nicht mit dem Niederstwert bewertet
	börsennotiert	nicht börsennotiert	
TEUR			
257.871	62.766	195.105	---

d) Angaben zu Anteilen an Investmentvermögen

Zu Anteilen an Sondervermögen i. S. d. § 1 Abs. 10 KAGB, an denen die Sparkasse am 31. Dezember 2016 mehr als 10 % der Anteile hält, machen wir gemäß § 285 Nr. 26 HGB die folgenden Angaben:

Bezeichnung des Investmentvermögens	Marktwert	Differenz zum Buchwert	Ausschüttungen im Geschäftsjahr
	TEUR		
Rentenfonds			
HI Renten Euro Long/Short Fonds	14.091	-	47
Deka iBoxx EUR Liquid Sovereign Div. 1-3	19.451	-	270
Deka iBoxx EUR Liquid Sovereign Div. 3-5	19.664	-	302
Wertpapierspezialfonds mit Anlageschwerpunkt Renten			
A-Nordhausen 2-Fonds	176.313	10.000	777

Die dargestellten Investmentvermögen unterliegen zum Bilanzstichtag keiner Beschränkung in der Möglichkeit der täglichen Rückgabe.

BETEILIGUNGEN

Anteilsbesitz

Unter den Beteiligungen werden die Anteile an folgenden Unternehmen ausgewiesen:

Name	Sitz	Kapital- anteil	Eigenkapital	Ergebnis
		%	TEUR	
Zweite Hessisch-Thüringische Sparkassen-Kapitaleinlagenverwaltungsgesellschaft mbH	Battenberg	25,00	27	1
Erste Hessisch-Thüringische Sparkassen-Kapitaleinlagengesellschaft mbH & Co. KG	Sömmerda	6,39	314	216
Dritte Hessisch-Thüringische Sparkassen-Kapitaleinlagengesellschaft mbH & Co. KG	Battenberg	3,21	417	251
Hessisch-Thüringische Sparkassen-Beteiligungsgesellschaft mbH	Frankfurt am Main	0,63	1.784	704
Sparkassen- und Giroverband Hessen-Thüringen*	Frankfurt am Main und Erfurt	0,53	-	-
Deutsche Sparkassen Leasing AG & Co. KG	Bad Homburg v. d. Höhe	0,06	616.480	45.432
Erwerbsgesellschaft der S-Finanzgruppe mbH & Co. KG	Neuhardenberg	0,06	3.264.309	46.371
Visa Inc.**	Foster City, California (USA)	-	-	-

* Keine Verpflichtung zur Veröffentlichung eines Jahresabschlusses

** Es liegen keine Informationen hinsichtlich Kapitalanteil, Eigenkapital und Ergebnis vor.

Bei den ausgewiesenen Jahresergebnissen handelt es sich bei der Hessisch-Thüringischen Sparkassen-Beteiligungsgesellschaft mbH und der Erwerbsgesellschaft der S-Finanzgruppe mbH & Co. KG um das Ergebnis des Jahres 2015 und bei der Deutschen Sparkassen Leasing AG & Co. KG um das Ergebnis des Jahres 2014/2015. Alle übrigen Jahresergebnisse sind dem Geschäftsjahr 2016 zuzuordnen.

ANTEILE AN VERBUNDENEN UNTERNEHMEN

Anteilsbesitz

Unter den Anteilen an verbundenen Unternehmen werden die Anteile an folgenden Unternehmen ausgewiesen:

Name	Sitz	Kapital- anteil	Eigenkapital	Ergebnis
		%	TEUR	
Immobilien Beteiligungs- und Verwaltungsgesellschaft Nordhausen GmbH	Nordhausen	100	40	0
Immobilien Beteiligungs- und Verwaltungsgesellschaft der Kreissparkasse Nordhausen GmbH & Co. KG	Nordhausen	100	1.858	145

Nach den Jahresabschlüssen zum 31. Dezember 2016 betragen bei der Immobilien Beteiligungs- und Verwaltungsgesellschaft Nordhausen GmbH die Bilanzsumme 44 TEUR bzw. die Umsatzerlöse 13 TEUR und der Jahresüberschuss 0,2 TEUR sowie bei der Immobilien Beteiligungs- und Verwaltungsgesellschaft der Kreissparkasse Nordhausen GmbH & Co. KG die Bilanzsumme 2.808 TEUR und die Umsatzerlöse 579 TEUR und der Jahresüberschuss 145 TEUR. Eine Einbeziehung der Tochterunternehmen in einen Konzernabschluss hätte einen unwesentlichen Einfluss auf die Bilanzsumme, das Eigenkapital und den Jahresüberschuss. Im Hinblick auf das durch den Jahresabschluss zum 31. Dezember 2016 der Sparkasse vermittelte, den tatsächlichen Verhältnissen entsprechende Bild der Vermögens-, Finanz- und Ertragslage sind die verbundenen Unternehmen insgesamt von untergeordneter Bedeutung, sodass gemäß § 296 HGB die Aufstellung eines Konzernabschlusses unterbleiben konnte.

TREUHANDVERMÖGEN

Das Treuhandvermögen betrifft in voller Höhe Forderungen an Kunden.

SACHANLAGEN

Grundstücke und Gebäude

Die Grundstücke und Bauten entfallen mit Buchwerten von 5,3 Mio. EUR auf von der Sparkasse im Rahmen ihrer eigenen Tätigkeit genutzte Grundstücke und Bauten.

RECHNUNGSABGRENZUNGSPOSTEN

Im aktiven Rechnungsabgrenzungsposten sind enthalten:

	31.12.2016	31.12.2015
	TEUR	
Disagio aus Verbindlichkeiten (§ 250 Abs. 3 HGB)	1	1

VERBINDLICHKEITEN GEGENÜBER KREDITINSTITUTEN

Verbindlichkeiten gegenüber der eigenen Girozentrale

Im Posten Verbindlichkeiten gegenüber der eigenen Girozentrale sind Verbindlichkeiten gegenüber der Landesbank Hessen-Thüringen Girozentrale, Frankfurt am Main und Erfurt, in Höhe von 57.843 TEUR (Vorjahr: 55.829 TEUR) enthalten.

VERBINDLICHKEITEN GEGENÜBER KUNDEN

Beziehungen zu verbundenen Unternehmen sowie Unternehmen, mit denen ein Beteiligungsverhältnis besteht

Im Posten Verbindlichkeiten gegenüber Kunden sind Verbindlichkeiten gegenüber verbundenen Unternehmen sowie gegenüber Unternehmen, mit denen ein Beteiligungsverhältnis besteht, enthalten:

	Verbindlichkeiten gegenüber			
	verbundenen Unternehmen		Unternehmen, mit denen ein Beteiligungsverhältnis besteht	
	31.12.2016	31.12.2015	31.12.2016	31.12.2015
	TEUR			
Gesamtbetrag	1.104	1.186	-	-

TREUHANDVERBINDLICHKEITEN

Die Treuhandverbindlichkeiten entfallen in voller Höhe auf Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten.

RECHNUNGSABGRENZUNGSPOSTEN

Im passiven Rechnungsabgrenzungsposten sind Disagien aus Forderungen in Höhe von 56 TEUR (Vorjahr: 83 TEUR) enthalten.

RÜCKSTELLUNGEN

Der Differenzbetrag nach § 253 Abs. 6 Satz 3 HGB zwischen der Bewertung der Pensionsrückstellungen mit dem Marktzins, der sich bei einer zehnjährigen Durchschnittsbildung ergibt, und mit dem Marktzins, der sich bei einer siebenjährigen Durchschnittsbildung ergibt, beträgt 1.065 TEUR.

Ausschüttungsgesperrt sind nach § 253 Abs. 6 Satz 2 HGB 1.065 TEUR sowie 86 TEUR nach § 268 Abs. 8 HGB für Vermögensgegenstände, die über ihren Anschaffungskosten bewertet sind und gemäß § 246 Abs. 2 HGB mit den Rückstellungen verrechnet wurden. Der Ausschüttungssperre nach dem HGB wird durch die vorgesehene Dotierung der Sicherheitsrücklage Rechnung getragen.

EVENTUALVERBINDLICHKEITEN

Im Posten Eventualverbindlichkeiten sind keine Einzelbeträge enthalten, die in Bezug auf die Gesamttätigkeit der Sparkasse von wesentlicher Bedeutung sind.

ANDERE VERPFLICHTUNGEN

Im Posten „Andere Verpflichtungen“ sind keine Einzelbeträge enthalten, die in Bezug auf die Gesamttätigkeit der Sparkasse von wesentlicher Bedeutung sind.

II. MEHRERE POSTEN DER BILANZ BETREFFENDE ANGABEN

FRISTENGLIEDERUNG

	Restlaufzeiten				Forderungen mit unbestimmter Laufzeit	Beträge, die in dem Jahr, das auf den Bilanzstichtag folgt, fällig werden
	bis drei Monate	mehr als drei Monate bis ein Jahr	mehr als ein Jahr bis fünf Jahre	mehr als fünf Jahre		
	TEUR					
Aktivposten						
3. Forderungen an Kreditinstitute						
b) andere Forderungen (ohne Bausparguthaben)	----	----	----	----	----	----
4. Forderungen an Kunden	17.013	47.760	201.789	317.019	26.587	----
5. Schuldverschreibungen und andere festverzinsliche Wertpapiere	----	----	----	----	----	33.414
Passivposten						
1. Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten						
b) mit vereinbarter Laufzeit oder Kündigungsfrist	1.303	4.621	17.778	35.788	----	----
2. Verbindlichkeiten gegenüber Kunden						
a) Spareinlagen						
ab) mit vereinbarter Kündigungsfrist von mehr als drei Monaten	121	6.891	140	28	----	----
b) andere Verbindlichkeiten						
bb) mit vereinbarter Laufzeit oder Kündigungsfrist	458	557	2.615	1.323	----	----
3. Verbriefte Verbindlichkeiten						
a) begebene Schuldverschreibungen	----	----	----	----	----	----

Von dem Wahlrecht des § 11 Satz 3 RechKredV haben wir Gebrauch gemacht.

FINANZANLAGEN

	Anschaffungskosten 1.1.2016	Veränderungen des Geschäftsjahrs	Buchwert inkl. abgegrenzter Zinsen	
			31.12.2016	31.12.2015
TEUR				
Schuldverschreibungen und andere festverzinsliche Wertpapiere	15.888	-8.699	7.665	16.364
Aktien und andere nicht festverzinsliche Wertpapiere	2.730	+43	1.918	1.875
Beteiligungen	11.712	-25	9.403	9.428
Anteile an verbundenen Unternehmen	5.826	-	5.826	5.826

Von der Zusammenfassungsmöglichkeit des § 34 Abs. 3 Satz 2 RechKredV wurde Gebrauch gemacht.

SACHANLAGEN UND IMMATERIELLE ANLAGEWERTE

	Grundstücke, grundstücksgleiche Rechte und Bauten	Betriebs- und Geschäftsausstattung	Immaterielle Anlagewerte
	TEUR		
Anschaffungs- und Herstellungskosten			
Stand am 1.1.2016	46.018	8.956	593
Zugänge	371	538	11
Abgänge	-	537	-
Stand am 31.12.2016	46.389	8.957	604
kumulierte Abschreibungen			
Stand am 1.1.2016	29.931	6.502	482
Abschreibungen des Geschäftsjahrs	862	464	50
Kumulierte Abschreibungen auf Abgänge	-	395	-
Stand am 31.12.2016	30.793	6.571	532
Buchwert am 31.12.2015	16.087	2.454	111
Buchwert am 31.12.2016	15.596	2.386	72

ANGABEN ZUR VERRECHNUNG GEMÄß § 246 ABS. 2 HGB

Vermögensgegenstände und Schulden wurden nach § 246 Abs. 2 Satz 2 HGB in folgendem Umfang miteinander verrechnet:

Anschaffungskosten der verrechneten Vermögensgegenstände	beizulegender Zeitwert zum 31.12.2016 der verrechneten Vermögensgegenstände	Erfüllungsbetrag der Schulden	verrechnete Aufwendungen und Erträge
TEUR			
157	243	243	21/17

Bei den verrechneten Vermögensgegenständen handelt es sich in Höhe von 238 TEUR um Wertpapiere und in Höhe von 5 TEUR um Ansprüche aus einer Rückdeckungsversicherung, die, sofern eine Verrechnung gemäß § 246 Abs. 2 Satz 2 HGB nicht erfolgen würde, im Bilanzposten Aktiva 6 bzw. 13 auszuweisen wären.

Bei den verrechneten Schulden handelt es sich in Höhe von 243 TEUR um Rückstellungen für Pensionszusagen, die, sofern eine Verrechnung gemäß § 246 Abs. 2 Satz 2 HGB nicht erfolgen würde, im Bilanzposten Passiva 7a auszuweisen wären.

Sofern für die ausgewiesenen Vermögensgegenstände nach unserer Einschätzung ein aktiver Markt vorliegt, basieren die beizulegenden Zeitwerte auf Börsen- oder sonstigen Marktpreisen.

Der Saldo aus der Verrechnung von Aufwendungen und Erträgen beträgt 4 TEUR und wurde im GuV-Posten 10b ausgewiesen. Der Aufwand aus der Aufzinsung der Pensionsrückstellung wurde mit den Aufwendungen und Erträgen aus dem zu verrechnenden Deckungsvermögen saldiert und ist in dem Posten 1 enthalten.

ALS SICHERHEIT ÜBERTRAGENE VERMÖGENSGEGENSTÄNDE

Der unter der Position „Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten“ ausgewiesene Betrag betrifft zum 31. Dezember 2016 mit 57.144 TEUR (Vorjahr: 55.235 TEUR) abgetretene Darlehensforderungen aus im Rahmen zentraler Kreditaktionen bereitgestellten Mitteln.

C. ANGABEN UND ERLÄUTERUNGEN ZUR GEWINN- UND VERLUSTRECHNUNG

I. POSTENBEZOGENE ANGABEN

ZINSERTRÄGE

Für getätigte Anlagen gezahlte Zinsen (sogenannte „Negativzinsen“) sind in Höhe von 23 TEUR (Vorjahr: 0,1 TEUR) in den Zinserträgen enthalten.

ZINSAUFWENDUNGEN

Für aufgenommene bzw. erhaltene Gelder von der Sparkasse empfangene „Negativzinsen“ sind in Höhe von 11 TEUR (Vorjahr: 3 TEUR) in den Zinsaufwendungen enthalten.

In den Zinsaufwendungen sind geleistete Ausgleichszahlungen von 857 TEUR (Vorjahr: 3.360 TEUR) für vorzeitige Auflösungen von Zinsswaps enthalten. Der Zinsüberschuss zukünftiger Jahre wird hierdurch entlastet.

PROVISIONSERTRÄGE

Die wesentlichen an Dritte erbrachten Dienstleistungen für Verwaltung und Vermittlung sind die Vermittlung von Produkten der Verbundpartner (Versicherungen, Bausparverträge und Investmentanteile).

SONSTIGE BETRIEBLICHE ERTRÄGE

Die sonstigen betrieblichen Erträge resultieren im Wesentlichen aus Grundstückserträgen für nicht sparkassenbetrieblich genutzte Grundstücke und Gebäude(teile) in Höhe von 1.486 TEUR (Vorjahr: 1.492 TEUR) und der Auflösung von Rückstellungen in Höhe von 620 TEUR (Vorjahr: 508 TEUR).

SONSTIGE BETRIEBLICHE AUFWENDUNGEN

Die sonstigen betrieblichen Aufwendungen bestehen hauptsächlich aus den Aufwendungen für nicht sparkassenbetrieblich genutzte Grundstücke und Gebäude(teile) in Höhe von 658 TEUR (Vorjahr: 608 TEUR).

JAHRESÜBERSCHUSS

Aufgrund **steuerrechtlicher Abschreibungen** auf das Sachanlagevermögen in früheren Geschäftsjahren, die gemäß Art. 67 Abs. 4 Satz 1 EGHGB fortgeführt wurden, und der daraus resultierenden Beeinflussung des Steueraufwands liegt der ausgewiesene Jahresüberschuss um etwa 13 % über dem Betrag, der sonst auszuweisen gewesen wäre.

Aus der Fortführung des Ansatzes steuerlicher Werte aus früheren Geschäftsjahren sind zu-künftige Belastungen in Form von Steuerzahlungen zu erwarten. Die Belastungen verteilen sich über eine Reihe von Jahren und beeinflussen die künftigen Jahresergebnisse nur unwesentlich.

BILANZGEWINN

a) Ausschüttungsgesperrte Beträge

Der Gesamtbetrag der ausschüttungsgesperrten Beträge nach § 268 Abs. 8 HGB in Höhe von 86 TEUR entfällt ausschließlich auf die Aktivierung von Vermögensgegenständen i. S. v. § 246 Abs. 2 Satz 2 HGB zum beizulegenden Zeitwert. Nach § 253 Abs. 6 Satz 2 HGB sind zudem 1.065 TEUR ausschüttungsgesperrt.

b) Gewinnverwendungsvorschlag

Der Vorstand schlägt vor, aus dem für das Geschäftsjahr 2016 ausgewiesenen Bilanzgewinn 594 TEUR an den Landkreis Nordhausen als Träger der Sparkasse zur Verwendung für gemeinnützige Zwecke auszuschütten und 1.172 TEUR der Sicherheitsrücklage zuzuführen. Der Gewinnverwendungsvorschlag berücksichtigt neben § 21 ThürSpkG auch die nach §§ 253 Abs. 6 Satz 2 und 268 Abs. 8 HGB ausschüttungsgesperrten Beträge.

II. MEHRERE POSTEN DER GEWINN- UND VERLUSTRECHNUNG BETREFFENDE ANGABEN

ERTRÄGE UND AUFWENDUNGEN, DIE EINEM ANDEREN GESCHÄFTSJAHR ZUZURECHNEN SIND

In den folgenden Posten der Gewinn- und Verlustrechnung sind Aufwendungen und Erträge von nicht untergeordneter Bedeutung enthalten, die einem anderen Geschäftsjahr zuzurechnen sind:

GuV-Posten	Art des Postens	2016	2015
		TEUR	
Erträge			
Sonstige betriebliche Erträge	Auflösung von Rückstellungen	620	508
Steuern vom Einkommen und vom Ertrag	Steuerforderungen aufgrund einer steuerlichen Betriebsprüfung	582	-
Summe		1.202	508
Aufwendungen			
Steuern vom Einkommen und Ertrag	Steuernachzahlungen aufgrund einer steuerlichen Betriebsprüfung	751	-
Summe		751	-

D. SONSTIGE ANGABEN

ANGABE ZU TERMINGESCHÄFTEN GEMÄß § 36 RECHKREDV

	Nominalbeträge der Termingeschäfte in TEUR			
	nach Restlaufzeiten			insgesamt
	bis 1 Jahr	über 1 bis 5 Jahre	über 5 Jahre	
Kreditderivate*				
Credit-Default-Swaps (Sicherungsnehmer)	-	2.500	-	2.500
insgesamt	-	2.500	-	2.500
darunter Handelsgeschäfte	-	-	-	-
darunter Deckungsgeschäfte	-	-	-	-

* Gemäß der IDW-Stellungnahme RS BFA 1 erfolgt die Darstellung ohne Kreditderivate, die als gestellte Kreditsicherheiten eingestuft wurden.

DERIVATIVE FINANZINSTRUMENTE, DIE NICHT ZUM BEIZULEGENDEN ZEITWERT BILANZIERT WURDEN

Die Volumina und die beizulegenden Zeitwerte der derivativen Geschäfte stellen sich im Vergleich zum Vorjahr wie folgt dar:

Geschäftsart	Nominalwerte		beizulegender Zeitwert zum 31.12.2016	
	31.12.2016	31.12.2015	positiv	negativ
	TEUR			
Zinsrisiken				
Zinsswaps	-	60.000	-	-
Zinsrisiken insgesamt	-	60.000	-	-
Adressenrisiken				
Credit-Default-Swaps (Sicherungsnehmer)	2.500	2.500	-	42
Credit-Default-Swaps (Sicherungsgeber)	2.493	2.500	21	-
Adressenrisiken insgesamt	4.993	5.000	21	42
Insgesamt	4.993	65.000	21	42

Die beizulegenden Zeitwerte der Credit-Default-Swaps haben wir anhand eines Bewertungsmodells (BayernLB-Tool) ermittelt, dem als wesentlicher Parameter die Ratings der Kreditnehmer zugrunde liegen.

NICHT IN DER BILANZ ENTHALTENE SONSTIGE FINANZIELLE VERPFLICHTUNGEN

Die Sparkasse ist dem **bundesweiten Sicherungssystem der Sparkassen-Finanzgruppe** angeschlossen, das elf regionale Sparkassenstützungsfonds durch einen überregionalen Ausgleich miteinander verknüpft. Zwischen diesen und den Sicherungseinrichtungen der Landesbanken und Landesbausparkassen besteht ein Haftungsverbund. Durch diese Verknüpfung steht im Bedarfsfall das gesamte Sicherungsvolumen der Sparkassen-Finanzgruppe zur Verfügung. Das Sicherungssystem ist im Hinblick auf das am 3. Juli 2015 in Kraft getretene Einlagensicherungsgesetz neu geordnet und von der BaFin anerkannt worden. Die Sparkassen-Finanzgruppe verfügt damit über ein als Einlagensicherungssystem anerkanntes institutsbezogenes Sicherungssystem. Dieses System vereint zwei Funktionen in sich.

Zum einen wurde gemäß den gesetzlichen Anforderungen die Einlagensicherungsfunktion in das Sicherungssystem integriert. Hierdurch wird sichergestellt, dass Einlagen pro Einleger im Regelfall bis zu 100 TEUR, in Sonderfällen auch bis zu 500 TEUR, gesichert sind und Entschädigungszahlungen bis zum 31. Mai 2016 spätestens 20 Arbeitstage und ab dem 1. Juni 2016 spätestens sieben Arbeitstage nach der Feststellung des Entschädigungsfalls geleistet werden. Für die Feststellung des Entschädigungsfalls ist die BaFin zuständig.

Daneben besteht die für die Institute im Vordergrund stehende Institutssicherungsfunktion fort. Durch die Sicherung der Institute selbst sind im gleichen Zuge auch die Einlagen aller Kunden ohne betragsmäßige Begrenzung geschützt. Im Bedarfsfall entscheiden die Gremien der zuständigen Sicherungseinrichtungen darüber, ob und in welchem Umfang Stützungsleistungen zugunsten eines Instituts erbracht und an welche Auflagen diese ggf. geknüpft werden. Das Sicherungssystem der deutschen Sparkassenorganisation umfasst ein Risikomonitorsystem zur Früherkennung von Risiken sowie eine risikoorientierte Beitragsbemessung.

Als zusätzliche neben den nationalen Sicherungseinrichtungen existierende Vorsorge entfaltet darüber hinaus der regionale Reservefonds der Sparkassen-Finanzgruppe Hessen-Thüringen instituts- und gläubigerschützende Wirkung. Der Fonds wird von den Mitgliedssparkassen des Sparkassen- und Giroverbandes Hessen-Thüringen (SGVHT) und der Landesbank Hessen-Thüringen sukzessive dotiert, bis 5 Promille der Bemessungsgrundlage (Gesamtrisikoposition, nach der sich die bankaufsichtsrechtlich erforderlichen Eigenmittel errechnen) erreicht sind. Die Einzahlungsverpflichtung eines Instituts bemisst sich risikoorientiert unter Berücksichtigung von Bonus- und Malusfaktoren. Bis zur vollständigen Bareinzahlung des Gesamtvolumens übernimmt der SGVHT die Haftung für die Zahlung des ausstehenden Differenzbetrags, der auf erstes Anfordern bei den Instituten eingezogen werden kann.

ANGABEN ZU MITTELBAREN PENSIONSVERPFLICHTUNGEN GEMÄß ART. 28 EGHGB

Die Sparkasse ist Mitglied bei der für sie zuständigen Zusatzversorgungskasse (ZVK), deren Umlagesatz nach einem Abschnittsdeckungsverfahren berechnet wird. Träger der ZVK ist der Kommunale Versorgungsverband Thüringen in Artern, der das Kassenvermögen der ZVK als Sondervermögen getrennt vom eigenen Vermögen verwaltet. Anspruchsberechtigt gegen diese Kasse sind grundsätzlich alle aufgrund der Tarifverträge für den öffentlichen Dienst sozialversicherungspflichtig Beschäftigten der Sparkasse sowie diejenigen Mitarbeiter, für die eine Teilnahme an der Zusatzversorgung vereinbart wurde. Es wird eine Erwerbsminderungs- sowie eine Alters- und Hinterbliebenenrente gewährt. Die Höhe der Versorgungszusage beruht auf dem Betriebsrentensystem in Form des Punktemodells; sie ist insbesondere abhängig von der Dauer der Beschäftigung im öffentlichen Dienst und dem zusatzversorgungspflichtigen Entgelt des Arbeitnehmers. Ein Anspruch auf die Betriebsrente besteht nach einer Mindestzugehörigkeit zum öffentlichen Dienst von fünf Jahren. Der Umlagesatz betrug im Jahr 2016 1,1 % der umlagepflichtigen Gehälter von 9,3 Mio. EUR und wurde vollständig von der Sparkasse als Arbeitgeber getragen; er enthält kein Sanierungsgeld. Eine Änderung des Umlagesatzes ist derzeit für die Sparkasse nicht absehbar. Außerdem wird zum Aufbau eines Kapitalstocks ein Zusatzbetrag von derzeit 4 % erhoben, der jeweils hälftig von der Sparkasse als Arbeitgeber und vom Arbeitnehmer getragen wird. Eine Änderung des Zusatzbeitrages ist derzeit nicht absehbar. Eine Aufteilung der Versorgungsverpflichtungen auf anspruchsberechtigte Arbeitnehmer, ehemalige Arbeitnehmer und Rentenbezieher ist anhand der uns vorliegenden Daten der ZVK nicht möglich. Der Betrag der mittelbaren Pensionsverpflichtungen

i. S. v. Art. 28 Abs. 2 EGHGB kann von der Sparkasse nicht zuverlässig quantifiziert werden, da die dafür maßgeblichen ZVK-Daten nicht zur Verfügung stehen. Für die aus der Mitgliedschaft in der ZVK resultierenden Verpflichtungen haftet die Sparkasse weiterhin subsidiär nach § 1 Abs. 1 Satz 3 BetrAVG.

BEZÜGE DER ORGANMITGLIEDER

Die Gesamtbezüge des Vorstands beliefen sich im Geschäftsjahr 2016 auf 536 TEUR. Die Gesamtbezüge der Verwaltungsratsmitglieder betragen im Geschäftsjahr 2016 38 TEUR. Für frühere Vorstandsmitglieder und ihre Hinterbliebenen ergaben sich im gleichen Zeitraum Gesamtbezüge von 378 TEUR.

Für frühere Vorstandsmitglieder und ihre Hinterbliebenen haben wir insgesamt 5.404 TEUR zurückgestellt; dieser Betrag trägt sämtlichen Pensionsverpflichtungen gegenüber diesem Personenkreis Rechnung.

KREDITE AN ORGANE

Der Gesamtbetrag der an Vorstandsmitglieder gewährten Kredite beträgt 341 TEUR. An Mitglieder des Verwaltungsrats wurden Kredite von 1.904 TEUR gewährt.

MITARBEITER UND MITARBEITERINNEN

Im Jahresdurchschnitt wurden beschäftigt:

	2016	2015
Vollzeitkräfte	120	124
Teilzeit- und Ultimokräfte	101	97
	221	221
Auszubildende	11	12
Insgesamt	232	233

ANGABE DES ABSCHLUSSPRÜFERHONORARS NACH § 285 NR. 17 HGB

In der Gewinn- und Verlustrechnung sind folgende Honorare für unseren Abschlussprüfer, die Prüfungsstelle des Sparkassen- und Giroverbands Hessen-Thüringen, enthalten:

	TEUR
Honorar für Abschlussprüfungsleistungen	119
Honorar für andere Bestätigungsleistungen	13
Insgesamt	132

ANGABEN ZU DEN LATENTEN STEUERN NACH § 285 NR. 29 HGB

Aufgrund abweichender Ansatz- und Bewertungsvorschriften zwischen der Handelsbilanz und den steuerrechtlichen Wertansätzen bestehen zum Bilanzstichtag Steuerlatenzen. Dabei wird der Gesamtbetrag der künftigen Steuerbelastungen von 1,1 Mio. EUR durch absehbare Steuerentlastungen überdeckt. Für den Überhang aktiver latenter Steuern wurde das Aktivierungswahlrecht nicht genutzt.

Die wesentlichen künftigen Steuerbelastungen resultieren zu rund 55 % aus unterschiedlichen Wertansätzen bei den Beteiligungen und zu 45 % aus unterschiedlichen Wertansätzen bei den Wertpapieren. Ohne Berücksichtigung der aufgrund des Bildens von Vorsorgereserven nach § 340f HGB und Reserven nach § 26a KWG a. F. entstandenen Ansatzunterschiede entfallen die künftigen Steuerentlastungen im Wesentlichen auf unterschiedliche Wertansätze bei den Wertpapieren und Beteiligungen (62 %) und bei den Rückstellungen (35 %).

Der Ermittlung der latenten Steuern wurde ein Steuersatz von 31 % (Körperschaft- und Gewerbesteuer zuzüglich Solidaritätszuschlag) zugrunde gelegt. Aus Beteiligungen an Personengesellschaften resultierende, lediglich der Körperschaftsteuer und dem Solidaritätszuschlag unterliegende Differenzen wurden bei den Berechnungen mit 15,825 % bewertet.

VERWALTUNGSRAT UND VORSTAND

Verwaltungsrat

Vorsitzender

Matthias Jendricke
Landrat des Landkreises Nordhausen

Stellvertretende Vorsitzende

Egon Primas
Mitglied des Thüringer Landtages

Klaus Hummitzsch
Bürgermeister a.D. der Einheitsgemeinde Werther

Mitglieder

Ronald Heinemann
Geschäftsführer bzw. Inhaber eines Malerei- und Einzelhandelsunternehmens

Niels Neu
Wirtschaftsjurist, Geschäftsführer bzw. Inhaber einer Vermögensverwaltungsgesellschaft sowie eines Tiefbauunternehmens

Bianca Hillebrecht
Sparkassenangestellte; Filialleiterin
BeratungsCenter Grimmelallee/Salza

Reiner Pommer
Geschäftsführer bzw. Inhaber eines Unternehmens zur Elektrizitätserzeugung

Matthias Marquardt
Sparkassenangestellter; stv. Filialleiter
BeratungsCenter Ellrich/Ilfeld/
Niedersachswerfen

Barbara Rinke
Oberbürgermeisterin a.D. der Stadt Nordhausen

Ute Müller
Sparkassenangestellte; Filialleiterin
BeratungsCenter Kornmarkt

Vorstand

Vorsitzender

Wolfgang Asche

Mitglied

Thomas Seeber

Nordhausen, 26.04.2017

Der Vorstand

Asche

Seeber

Anlage zum Jahresabschluss gemäß § 26a Abs. 1 Satz 2 KWG - „Länderspezifische Berichterstattung“

Die Kreissparkasse Nordhausen hat keine Niederlassungen im Ausland. Sämtliche nachfolgende Angaben entstammen dem Jahresabschluss zum 31. Dezember 2016 und beziehen sich ausschließlich auf ihre Geschäftstätigkeit als regional tätige Sparkasse in der Bundesrepublik Deutschland. Die Tätigkeit der Kreissparkasse Nordhausen besteht im Wesentlichen darin, Einlagen oder andere rückzahlbare Gelder von Privat- und Firmenkunden entgegenzunehmen und Kredite für eigene Rechnung zu gewähren.

Die Kreissparkasse Nordhausen definiert den Umsatz aus der Summe folgender Komponenten der Gewinn- und Verlustrechnung nach HGB: Zinserträge, Zinsaufwendungen, laufende Erträge aus Aktien etc., Erträge aus Gewinngemeinschaften etc., Provisionserträge, Provisionsaufwendungen, Nettoertrag/-aufwand des Handelsbestands und sonstige betriebliche Erträge. Der Umsatz beträgt für den Zeitraum 1. Januar bis 31. Dezember 2016 33.602 TEUR.

Die Anzahl der Lohn- und Gehaltsempfänger in Vollzeitäquivalenten beträgt im Jahresdurchschnitt 210.

Der Gewinn vor Steuern beträgt 6.048 TEUR.

Die Steuern auf den Gewinn belaufen sich auf 4.220 TEUR. Die Steuern betreffen ausschließlich laufende Steuern.

Die Kreissparkasse Nordhausen hat im Geschäftsjahr keine öffentlichen Beihilfen erhalten.

Bestätigungsvermerk des Abschlussprüfers

Wir haben den Jahresabschluss - bestehend aus Bilanz, Gewinn- und Verlustrechnung sowie Anhang - unter Einbeziehung der Buchführung und den Lagebericht der Kreissparkasse Nordhausen für das Geschäftsjahr vom 1. Januar bis 31. Dezember 2016 geprüft. Die Buchführung und die Aufstellung von Jahresabschluss und Lagebericht nach den deutschen handelsrechtlichen Vorschriften liegen in der Verantwortung des Vorstands der Kreissparkasse Nordhausen. Unsere Aufgabe ist es, auf der Grundlage der von uns durchgeführten Prüfung eine Beurteilung über den Jahresabschluss unter Einbeziehung der Buchführung und über den Lagebericht abzugeben.

Wir haben unsere Jahresabschlussprüfung nach § 317 HGB unter Beachtung der vom Institut der Wirtschaftsprüfer (IDW) festgestellten deutschen Grundsätze ordnungsmäßiger Abschlussprüfung vorgenommen. Danach ist die Prüfung so zu planen und durchzuführen, dass Unrichtigkeiten und Verstöße, die sich auf die Darstellung des durch den Jahresabschluss unter Beachtung der Grundsätze ordnungsmäßiger Buchführung und durch den Lagebericht vermittelten Bilds der Vermögens-, Finanz- und Ertragslage wesentlich auswirken, mit hinreichender Sicherheit erkannt werden. Bei der Festlegung der Prüfungshandlungen werden die Kenntnisse über die Geschäftstätigkeit und über das wirtschaftliche und rechtliche Umfeld der Kreissparkasse Nordhausen sowie die Erwartungen über mögliche Fehler berücksichtigt. Im Rahmen der Prüfung werden die Wirksamkeit des rechnungslegungsbezogenen internen Kontrollsystems sowie Nachweise für die Angaben in Buchführung, Jahresabschluss und Lagebericht überwiegend auf der Basis von Stichproben beurteilt. Die Prüfung umfasst die Beurteilung der angewandten Bilanzierungsgrundsätze und der wesentlichen Einschätzungen des Vorstands sowie die Würdigung der Gesamtdarstellung des Jahresabschlusses und des Lageberichts. Wir sind der Auffassung, dass unsere Prüfung eine hinreichend sichere Grundlage für unsere Beurteilung bildet.

Unsere Prüfung hat zu keinen Einwendungen geführt.

Nach unserer Beurteilung aufgrund der bei der Prüfung gewonnenen Erkenntnisse entspricht der Jahresabschluss den gesetzlichen Vorschriften und vermittelt unter Beachtung der Grundsätze ordnungsmäßiger Buchführung ein den tatsächlichen Verhältnissen entsprechendes Bild der Vermögens-, Finanz- und Ertragslage der Kreissparkasse Nordhausen. Der Lagebericht steht im Einklang mit dem Jahresabschluss, entspricht den gesetzlichen Vorschriften, vermittelt insgesamt ein zutreffendes Bild von der Lage der Kreissparkasse Nordhausen und stellt die Chancen und Risiken der zukünftigen Entwicklung zutreffend dar.

Erfurt, den 16. Mai 2017

Sparkassen- und Giroverband Hessen-Thüringen
- Prüfungsstelle -

Witt
Wirtschaftsprüfer

Der Verwaltungsrat der Kreissparkasse Nordhausen hat den Jahresabschluss zum 31. Dezember 2016 am 4. Juli 2017 festgestellt und den Lagebericht gebilligt.

Kreissparkasse Nordhausen
Der Vorstand

Asche

Seeber

